

Holzarbeiter = Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal.
zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3617.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Deinhardt, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stabbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Elmsbüttel, Bismarckstr. 10.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 80 $\frac{1}{2}$
Bergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 $\frac{1}{2}$
Versammlungsanzeigen 10 $\frac{1}{2}$. Beilagen nach Uebereinkunft.

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

- Zugzug ist fern zu halten von:
- Tischlern nach Neuwied (Rolsdorf), Cera (Schmidt), Halberstadt (Wiede), Elmshorn, Johann-Georgenstadt, Landsbut, Ulm a. d. Donau (Neuffer & Bauer), Bietigheim (E. Beck), Stettin (Simon), Tutzingen (Hoh. Schag), Gottleuba, Dessau;
- Tischlern u. Holzbearbeitungsmaschinen nach München;
- Tischlern, Drechslern und Bildhauern nach Trebbin, Urach i. W.
- Möbelschneidern nach Landsberg a. d. Warthe, Halle a. d. Saale (Wernicke);
- Möbelschneidern, Holzbildhauern, Drechslern, Stellmachern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Warmbrunn (Gebr. Walfisch);
- Bauischlern nach Nirdorf (Projahn), Breslau (Behmann Nachf., Sternberg);
- Möbeldrechslern nach Berlin;
- Drechslern nach Harburg (G. & W. Theil), Husum (Röhn & Co.), Breslau (Schlesische Holzwaarenfabrik, Neuborstraße);
- Stuhlmachern, Drechslern, Polirern und Maschinenarbeitern nach Rabenau;
- Wärkermachern nach Bippfpringe (Muth & Jahrand);
- Polirern nach Dresden (Kärpe).

Die katholischen Bischöfe und die katholischen Arbeiter.

Wie wir unseren Kollegen in der letzten Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ mittheilten, haben die in Fulda versammelten preussischen Bischöfe einen Hirtenbrief erlassen, worin sie ihre Stellung gegenüber der Gewerkschaftsbewegung darlegen und den Beweis zu erbringen versuchen, daß die wirtschaftlichen, auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen der Arbeiter — nicht etwa der Unternehmer — etwas mit der Religion zu thun haben, weshalb die Gewerkschaften notwendig konfessionell sein müßten. Der Erzbischof von Freiburg in Baden hat zu diesem Hirtenbrief ein Begleitschreiben erlassen, worin er noch einen Schritt weiter geht und auch die sogenannten christlichen Gewerkschaften in Bausch und Bogen verurtheilt, weil sie das Wort christlich nur als Aushängeschild benutzen, in Wirklichkeit aber der Sozialdemokratie Vorpanndienste leisten.

Daß die Unternehmerorgane diesen bischöflichen Erlassen jubelten und sie als die Blüthe sozialpolitischer Weisheit priesen, erscheint selbstverständlich, weil sie alles das billigen, was zur Schutzelung der Arbeiter dienlich erscheint, sei es, daß es von Seiten eines Bischofs, eines Ministers, eines Bürgermeisters, eines Staatsanwalts oder eines Gendarmen ausgeht. Auffälliger dagegen erscheint es, daß auch eine katholische Zeitung, die doch sonst von Arbeiterfreundlichkeit überfließen, sich ausdrücklich mit dem Freiburger Erzbischof solidarisch erklärt. Eine katholisch-agrarische Zeitung, „Der Westfale“, schreibt in einer Polemik gegen die „Kölnische Volkszeitung“, welche den Standpunkt des Freiburgers mißbilligte und bedauerte, Folgendes:

Jeder Leser wird überzeugt sein, daß der Hochw. Herr Erzbischof von Freiburg das betreffs der Gewerkschaften geäußerte scharfe Urtheil nicht in's Blaue hinein gefällt hat, sondern sich auf wohlvermerkte wichtige Gründe stützt. Um so mehr muß es auffallen, daß die „Köln. Volkszeitung“ es für angebracht hält, ohne Weiteres die Kundgebung des Freiburger Oberhirten zu tadeln und in aller Form zu bekämpfen.

Das Blatt weist aus Artikeln der „Kölnischen Volkszeitung“ selbst nach, daß dieser bekannt ist, daß in der Gewerkschaftsbewegung nicht Alles so gut und

lößlich ist, wie ihre Lobredner es wahr haben möchten, und fragt weiter:

Nun wohl, wenn der „Köln. Volksztg.“ solche unliebamen Vorfälle bekannt sind, die die Sympathie für die Gewerkschaften erheblich herabstimmen müssen, warum soll da das Freiburger Ordinariat am Ende nicht noch mehr derartiges belastendes Beweismaterial zur Hand haben. Uns ist z. B. noch vor Kurzem von durchaus glaubhaften Personen versichert worden, daß gewisse Agitatoren (nicht etwa ungeschulte Arbeiter), die Rheinland und Westfalen bereisen, um für die Gewerkschaften Mitglieder anzuwerben, in ihren Neben nicht selten einen Ton anschlagen, den man sonst nur in sozialdemokratischen Heferveranstaltungen zu hören gewohnt ist. Wo diese Agitatoren erst Fuß gefaßt haben, da ist es in der Regel mit dem bisherigen Frieden und gutem Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter endgültig zu Ende. Kann man es da der Fabrikbesitzern übel nehmen, wenn sie von diesen Segnungen der viel gepriesenen christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts wissen wollen? Noch jüngst erließen die Fabrikanten in Borchhorst gegen die dortige Ortsgruppe des „Verbandes christlicher Textilarbeiter“ nachfolgende Bekanntmachung:

Um das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht zu stören, haben sämtliche Firmen beschlossen, fürderhin kein Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes mehr zu beschäftigen.

Die einmütige Stellungnahme der Borchhorster Fabrikanten, unter denen sich unseres Wissens mehrere eifrige Anhänger der Zentrumspartei und warme Freunde der Sozialreform befinden, zeigt, daß in der Gewerkschaftsbewegung, die sich heute noch christlich nennt, nicht alles so ist, wie es sein soll, und daß sie große Gefahren für den sozialen Frieden in sich birgt. Und so wie in Borchhorst denken nach unseren Informationen so ziemlich die sämtlichen Fabrikanten der Textilbranche in Westfalen. Aus diesen Gründen, meinen wir, sollte die „Köln. Volksztg.“ mit ihrem Tadel gegen die Kundgebung des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Freiburg vorichtiger gewesen sein.

Die Zeitung hat ganz Recht und bekräftigt nur Das, was wir immer behauptet haben: Den Unternehmern sind die „christlichen“ Gewerkschaften ebenso unangenehm, wie die „unchristlichen“, denn im Punkte des Profits geht selbst das allerchristlichste Christenthum in die Brüche.

Die Zentrumspartei als solche, die bislang die Gründung von katholischen Gewerkschaften gebilligt resp. unterstützt hat, ist durch den Erlass des Freiburger Erzbischofs begreiflicher Weise in die Klemme gerathen. Die meisten ihrer Zeitungen stellen sich einstweilen noch auf den Standpunkt der „Köln. Volkszeitung“ und sind nicht gesonnen, ihre eigene Schöpfung zu verleugnen. In mehr oder weniger gewundener Form machen sie gegen die bischöfliche Autorität Front. Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ läßt sich dahin vernehmen, im Fuldaer Hirtenbrief sei die Meinung des Episcopats nicht besonders klar ausgedrückt und der Wortlaut lasse verschiedene Auslassungen zu. Die Stellungnahme des Erzbischofs von Freiburg aber gegenüber der Gewerkschaften stehe in vollem Gegensatz zu der Auffassung aller namhaften katholischen Sozialpolitiker, welche die Dinge aus der Praxis kennen. Unter den katholischen Sozialpolitikern herrsche keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Organisationen berechtigt seien, auf Verbesserungen hinzuwirken, und daß sie selbst dann noch nicht Gefahr liefen, der Sozialdemokratie anheim zu fallen, wenn sie unter Umständen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften gemeinsame Sache machen. Diese Auffassung werde sich trotz der scharfen bischöflichen Aeußerung wohl ebenso wenig ändern, wie die Stellung der katholischen Arbeiterchaft zu den christlichen Gewerkschaften. In München hat eine Versammlung des Arbeiterwahlvereins der Zentrumspartei dem Freiburger Erzbischof ein direktes Mißtrauensvotum erteilt. Abgeordneter Schirmer führte aus, das „bedauerliche“ bischöfliche Schreiben sei abgefaßt ohne Ansehung der tatsächlichen Verhältnisse. Man müsse das bei aller Ehrerbietung, die man den Bischöfen schulde, aussprechen. Er, Redner, und mit ihm Laufende von Arbeitern, aber auch viele Parlamentskollegen und

Geistliche, hielten christliche Gewerkschaften für eine absolute Nothwendigkeit, ebenso deren Neutralität in politischer und religiöser Hinsicht.

Eine ähnliche Stellung nimmt auch „Der Arbeiter“ in München, das Organ der christlichen Gewerkschaften, ein, wenn er schreibt:

„Das Schreiben, das in katholischen Arbeiterkreisen schmerzliche Verwunderung hervorruft, setzt Thatfachen voraus, die nicht gegeben sind und über die dem Herrn Erzbischof augenscheinlich in ganz irriger Weise berichtet worden ist.“

Das wird in langen Ausführungen darzuthun versucht, worauf es am Schlusse heißt:

Den christlichen Gewerkschaften ist ein borniger Pfad beschieden. Vom Unternehmertum werden sie bekämpft und gemahregelt, von der Sozialdemokratie gehaßt, verleumdet und beschimpft (oder umgekehrt! Die Red.), von der Kulturkampfpresse unschmeichelt und aufgefordert, das „hierarchische Joch“ abzuschütteln und „frei“ zu werden. Nun haben sie auch von der Seite, wo sie bisher ihre Stütze hatten, Feuer aus schwerem Geschütz empfangen. Wir hoffen, daß sich das Mißverständnis bald klären werde. Selbst wenn in christlichen Gewerkschaften ein gewagtes Wort gefallen wäre, oder wenn sich da und dort Strömungen gezeigt hätten, die Gefahren in sich schloßen, so wäre unseres Erachtens eine Berührung der christlichen Gewerkschaften nicht angezeigt. Wir hätten es da mit Irrenden zu thun, die wohl eine Warnung, nicht mit Schuldigen, die ein Todesurtheil verdienen. Der Fuldaer und der Freiburger Hirtenbrief und die Erörterungen, die sich daran knüpfen, werden den Weg erhellen, den die christlichen Gewerkschaften festhalten werden. Die christlichen Gewerkschaften werden sich bewußt bleiben, daß das Wort „christlich“ nicht ein leerer Schall“, nicht ein etwa auch entbehrliches Schmuckwort ist, sondern daß es ein Stück ihres innersten Wesens bezeichnet und daß es verfehlt wäre, um eines raschen Erfolges willen die christlichen Grundätze preiszugeben.“

Wir sprechen dem „Arbeiter“ unser herzlichstes Beileid aus und wissen seine schwierige Lage wohl zu würdigen, meinen aber, er solle sich über die von keiner Sachkenntnis getriebenen Angriffe des Freiburgers keine grauen Haare wachsen lassen. Da gefällt uns der „Bergknappe“ bedeutend besser, das Organ der christlichen Bergarbeiter, der klipp und klar sagt, daß das bischöfliche Urtheil für ihn „durchaus nicht maßgebend“ sei. Dieser Standpunkt entspricht durchaus der Würde der Arbeiter, die keine Veranlassung haben, sich in ihre Angelegenheiten hineinreden zu lassen von Leuten, die kein Verständnis dafür haben. Auch die ferneren Ausführungen des „Bergknappen“ erscheinen uns zutreffend:

Es läßt wahrlich traurig um die materiellen Standesinteressen der Arbeiter aus, wenn deren Vertretung allein den wenigen Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine überlassen worden wäre und man nicht Gewerkschaften gehabt hätte, welche die katholischen Arbeitervereine den christlichen Gewerkschaften manche gute Kraft, aber sollten diese allein sich angewiesen sein und nicht gemeinschaftlich mit den nicht den Arbeitervereinen angehörenden Berufsgenossen, sowie auch denen evangelischer Konfession wirken, läßt es schämen mit der Arbeiterfrage aus. In dem Hirtenbriefen ist enthalten, daß die gewerkschaftliche Thätigkeit sich nach Konfessionen zu scheiden hätte, was ein Unbild ist. Wir hätten da die von Arens, Drießen usw. so sehr gewünschten katholischen oder Zentrums-gewerkschaften. Welch heillose Zersplitterung der Berufsgenossen diese ablegen würden, braucht nicht gesagt zu werden. Wir müssen unser tiefes Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, daß die Herren Bischöfe diesen unzeitigen Schritt gegen die christlichen Gewerkschaften unternommen haben. Die Herren Sozialdemokraten werden sich in's Fäustchen lachen und dabei wieder ihre Grnte halten. . . . Wenn da die Mineure aber glauben, ihren Plan zu erreichen, sind sie im Irrthum. Der Schlag wird uns nur stärken. Wenn man glaubt, wir lieben uns todt drücken, wird man finden, daß wir schon Druck auszuhalten und uns dagegen zu stemmen wissen. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird man nicht mehr aufhalten können. Jetzt erst recht werden die christlichen Gewerkschaften zeigen müssen, daß sie den Kinder-schuh entworfen sind und jede Bevormundung ablehnen.“

So ist's recht! Die Arbeiter sind den Kinderschuhen entwachsen und haben nicht mehr nöthig, sich am Gängelbände führen zu lassen. Allerdings scheint der „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter“ nicht ganz mit der energischen Stellungnahme seines Organs ein-

verstanden zu sein. Vielleicht erschien es ihm zu vermessen, den hohen Kirchenherren gegenüber zu schroff vorzugehen, vielleicht auch befürchtet er, durch ein allzu scharfes Auftreten gegen die Bischöfe einen Theil seiner gut gläubigen Mitglieder zu verlegen. Darum hielt es der Vorstand für angebracht, einen Pflock zurückzustrecken, weshalb er eine Erklärung erließ, in der es heißt:

„Diese Ausführungen (des Erzbischofs von Freiburg) gegenüber betonen wir als Vertreter des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter Deutschlands und zugleich, wie wir glauben, im Einklang mit allen anderen christlich-gewerkschaftlichen Organisationen, daß wir nach wie vor in der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen unseres Standes auf den christlichen Grundgedanken zu fußen gewillt sind, daß wir niemals einer Lösung der vorgenannten Fragen zustimmen werden, welche gegen die christlichen Gelehe der Gerechtigkeit und Moral verstößt. Nach unserer Auffassung ist eine — allerdings wünschenswerthe — Vereinigung aller Arbeiter eines Berufs in demselben Verbands nur dann möglich, wenn dieser Verband in seiner Wirksamkeit unseren Grundgedanken nicht widerspricht. Dabei bleibt es unbenommen, vorläufig von Fall zu Fall durch unsere Vorstände mit anderen Vereinigungen Fühlung zu suchen und ein gemeinsames Vorgehen anzubahnen.“

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt hat über diese prinzipielle Frage keine Beschlüsse gefaßt. Soweit — vielfach falsch wiedergegebene — Äußerungen einzelner Vertreter in Frankfurt in Betracht kommen, haben diese nichts weiter besagen wollen, als daß die Gewerkschaften nicht den Zweck haben, in ihren Sitzungen sich mit der Erörterung religiöser Streitfragen zu befassen, sondern ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten auf einer den Arbeitern der verschiedenen Konfessionen gemeinsamen religiösen Grundlage zu regeln, ähnlich wie es in anderen Berufsständen (Landwirthe, Handwerker usw.) bisher ohne Widerspruch geschehen ist.“

Auch das kann uns nur recht sein! Wir stehen dem Streit im häuslichen Lager als untheilhaftige Zuschauer unbefangenen gegenüber, meinen aber, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo auch die „christlichen“ Arbeiter einsehen werden, daß die kapitalistische Praxis sich über die christliche Theorie rückwärtslos hinwegsetzt. Wenn wir uns noch eine Schlussbemerkung erlauben dürfen, so ist es die Frage: „Was verstößt mehr gegen die christlichen Grundgedanke der Gerechtigkeit und Moral — das Bestreben der modernen Gewerkschaften, ihren Mitgliedern in heißem Ringen ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen, oder das Streben des Kapitalismus, die Arbeiter als Ausbeutungsobjekte zu behandeln und sie in den Sumpf geistiger, moralischer und wirtschaftlicher Verelendung hinabzudrücken?“ U. A. w. g.

Die sogenannte anständige Lohnklausel in den Bau- und Lieferungsverträgen.

Von Bruns.

II.

In Deutschland, das angeblich mit seinen Leistungen auf dem Gebiete der Sozialreform alle anderen Länder in den Schatten stellt, hört man von dem Bestreben, den „indirekten“ Staats- und Gemeinbearbeitern durch Einführung von Klauseln Vortheile zu verschaffen, bis jetzt noch sehr wenig. Als ein kleiner Anknäuel in dieser Richtung ist die Antwort zu betrachten; die der preussische Minister für Handel und Gewerbe auf eine Eingabe des Tarifamtes im deutschen Buchdruckgewerbe unterm 11. Oktober 1899 gab, worin es hieß, „daß Druckarbeiten für das erwähnte Ministerium, soweit sie an Privatfirmen vergeben werden, schon gegenwärtig nur von tariftreuen Firmen hergestellt werden, und daß Anordnung getroffen sei, daß solche Druckaufträge auch fernerhin nur Firmen übertragen werden, die den deutschen Buchdruckertarif schriftlich anerkannt haben.“ Eine ähnliche Verordnung haben auch das sächsische Ministerium des Innern und das kaiserliche Kanalbauamt in Kiel erlassen. Damit ist denn thatsächlich das Prinzip der Nichteinmischung in den freien Vertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern durchbrochen.

Den ersteren größeren Vorstoß, die Gesetzgebung zu Gunsten der Lohn- und Arbeitsklausel in Bewegung zu setzen, unternahm vor Kurzem die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags. Sie forderte prinzipiell, daß der Staat seine Arbeiten in eigenen Betrieben nehmen solle; falls aber der Regiebetrieb keine Anwendung finde, solle der Staat den Privatunternehmern in den Kontrakten nachstehende Verpflichtungen auferlegen:

- 1. Den Arbeitern muß mindestens der orts- und berufssübliche Tagelohn bezahlt werden. Wo zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarte Tarife und Lohnfestsetzungen bestehen, bilden diese den Maßstab, in keinem Falle darf der Lohn unter den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagelöhner sinken.
2. Die Arbeitszeit darf nicht über das ortsübliche Maß hinausgehen und keinesfalls zehn Stunden überschreiten.
3. Überstunden sind mit mindestens 25 pCt. Zuschlag zu bezahle.
4. In Betrieben von Sonn- und Feiertagen hat der Staat bei Arbeitszeiten während Abends sechs Uhr zu erfolgen

- und die darauf folgende Ruhezeit mindestens und ununterbrochen 36 Stunden zu dauern.
5. Die gleichen Bedingungen gelten auch für Akkordarbeiten.
6. Unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen ist verboten.
7. Arbeiten, welche in Werkstätten hergestellt werden können, dürfen nicht an Heimarbeiter vergeben werden.
8. Es sind in erster Reihe einheimische Arbeiter zu beschäftigen; die Beschäftigung anderer Arbeiter darf nur zu dem gleichen Lohne und den gleichen Arbeitsbedingungen stattfinden.“

Die wichtigsten Bestimmungen sind die unter 1 und 2 geforderten, und darauf wird auch bei der demnächst stattfindenden Verhandlung das Hauptgewicht gelegt werden müssen. Ob der Antrag Erfolg haben wird, muß die Zukunft lehren; daß er einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiete staatlicher Sozialpolitik bedeutet, kann wohl nicht geleugnet werden.

Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die sozialdemokratischen Vertreter einen gleichen Vorstoß unternommen, indem sie einen Antrag einbrachten, der außer verschiedenen Forderungen in gesundheitlicher Beziehung — Einführung von Wasch-, Umkleide- und Schäumen, Abhaltung der Zugluft, Abschaffung der offenen Kofasfenster in den Neubauten usw. — die Unternehmer vertragsmäßig verpflichten will, daß sie „die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die von den Arbeiterorganisationen anerkannt werden, für sich als bindend erachten“.

Dieser Antrag stieß natürlich auf den heftigsten Widerstand der Mehrzahl der Stadtväter, die ja bekanntlich entweder selbst Unternehmer sind oder Unternehmerinteressen vertreten. Zunächst erregte es das Entsetzen der „Herren im Hause“, daß man den Arbeiterorganisationen einen Einfluß auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einräumen sollte; das wäre ja eine geradezu offizielle Anerkennung der Arbeiterorganisationen. Die „Herren“ scheinen die Arbeiter immer noch als Menschen zweiter Klasse zu betrachten, denen man das Koalitionsrecht allerdings gewährt hat, die aber ein Verbrechen begehen, wenn sie von demselben energisch und zielbewußt Gebrauch machen. Dieselben Leute, die sich organisiren, um auf Behörden und private Unternehmer einen Druck ausüben zu können, z. B. durch Einfügung der Streikklausel in die Bau- und Lieferungsverträge, bekämpfen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter und sehen diese Organisationen über die Achsel an. Leider unterstützen Staats- und Gemeindebehörden diesen Prozenstandpunkt und Großmachtsitzel noch dadurch, daß sie die Unternehmerverbindungen hätscheln und mit Aufmerksamkeiten überschütten, während sie den Arbeiterverbindungen Knüppel zwischen die Beine werfen. Welch rührenden Eindruck macht es doch, wenn bei den Kongressen der Unternehmer irgend ein „großes Thier“ das Wort ergreift und den Anwesenden von dem Wohlwollen der Regierungen und Gemeindeverwaltungen erzählt und die Versammlung im Namen der Behörden auf's Herzlichste begrüßt! Bei den Generalversammlungen der Arbeiter glänzen die „großen Thiere“ durch Abwesenheit; sie sind dann „leider geschäftlich verhindert“; nur ein paar Behelme erinnern an die Fürsorge der Regierung. So entsteht dann ganz von selbst in den Köpfen der Kapitalprogen der Wahn, die Arbeiterorganisationen seien eben Organisationen zweiter Klasse. Und doch sind sich die denkenden Sozialpolitiker längst darüber einig, daß den Arbeiterorganisationen im Interesse des sozialen Friedens ein Einfluß auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt werden muß und daß es wünschenswerth erscheint, den privaten Arbeitsvertrag durch einen kollektiven Arbeitsvertrag zu ersetzen. Im Interesse der ruhigen Entwicklung eines Gewerbes liegt es, wenn nicht der einzelne Unternehmer mit dem einzelnen Arbeiter, sondern die beiderseitigen Organisationen die Bedingungen vereinbaren. Das Gros der deutschen Unternehmer ist von dieser Erkenntniß allerdings noch meilenweit entfernt, schimpft aber trotzdem wie ein Rohrpaß über die „frivolen, planlosen Streiks“, die eben durch die Tarifgemeinschaft verhindert werden sollen.

Ein fernerer Einwand, der gegen die Einführung der Lohnklausel erhoben wurde, besagt, man müsse das Festsetzen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der freien Vereinbarung überlassen, und es wäre das Beantworte ein völliger Bruch mit der Freiheit des gewerblichen Betriebes. Der Magistrat würde zum Aufseher über die Unternehmer herabstinken; auch sei es eine schreiende Ungerechtigkeit den Unternehmern gegenüber, wenn sie verpflichtet sein sollen, Löhne zu zahlen, deren Höhe ihnen beim Abschluß des Submissionsvertrages noch nicht bekannt sein konnte. Die „schreiende Ungerechtigkeit“, die darin liegt, daß Arbeiter ihren sauer ver-

dienten Lohn nicht erhalten, weil ein Unternehmer zahlungsunfähig geworden, oder daß die Löhne herabgesetzt, die Arbeitszeit verlängert wurde, belieben die Herren der Majorität nicht zu bemängeln. Die Vertreter des Magistrats, darunter ein Stadtbaumeister, stellten sich auf denselben Standpunkt. Auch sie ignorirten den sozialpolitischen Kern der sozialdemokratischen Anträge völlig. Sie zogen sich auf den Einwand zurück: Die Stadtgemeinde müsse es grundsätzlich vermeiden, sich in die Verhältnisse der Unternehmer und ihrer Arbeiter einzumischen oder durch derartige Bestimmungen in das freie Verfügungsrecht einzugreifen. Als vor einiger Zeit die Unternehmer beantragten, die Streikklausel in den Submissionsbedingungen zu streichen und den Streik als höhere Gewalt anzusehen, habe der Magistrat den Unternehmern gegenüber sich auf den vorgedachten Standpunkt gestellt und die Forderungen rundweg abgelehnt.

Merkwürdig ist es doch, welch zähes Leben die alten manchesterlichen Redensarten haben. Die Freiheit des gewerblichen Betriebes, in die keine Behörde eingreifen habe, ist ein längst überwundener Standpunkt; die Behörden sind bereits zum Aufseher über die Unternehmer „herabgesunken“ und kümmern sich um jede Kleinigkeit, und oftmals mehr als nöthig ist. Kein Unternehmer hat einen Anspruch darauf, in seinem Betriebe „frei“ schalten und walten zu können; er muß Rücksicht nehmen auf die Interessen seiner Mitbürger und die Behörde hat zu kontrolliren, ob der Betrieb Schäden für die Allgemeinheit im Gefolge hat. Aufsicht führen und unter Umständen energisch zugreifen muß die Behörde; es wäre eine Pflichtverletzung, wenn sie dies nicht thäte; die Frage ist nur, ob dieses Eingreifen in dem gegebenen Falle angebracht ist oder nicht. Hierin liegt der Kernpunkt unserer Frage.

Jede Gemeindeverwaltung so gut wie jede Staatsbehörde nimmt das Recht für sich in Anspruch, sich in „die Freiheit des gewerblichen Betriebes“ einzumischen; sie stellt Anforderungen im Interesse der öffentlichen Ordnung und des Gemeinwohls, sie erläßt Vorschriften zum Schutze der Sittlichkeit und Gesundheit. Wenn nun in unserem Falle die Erhaltung und Heranbildung eines gut bezahlten und gut genährten, nicht übermäßig ausgebeuteten Arbeiterstandes eine der wichtigsten Forderungen sozialer Fürsorge ist, so haben die Behörden die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, diejenigen Unternehmer, auf die sie einen Einfluß ausüben können, zu zwingen, ihren Arbeitern anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren. Die Behörde verhindert es mit Recht, daß die Anwohner eines Betriebes durch schädliche Dünste oder üble Gerüche belästigt werden, sie zwingt die Betriebsinhaber, auch im Innern des Betriebes auf die Gesundheit, Moral und die gesunden Glieder ihrer Arbeiter die gebührende Rücksicht zu nehmen — ob aber die von ihnen beschäftigten Arbeiter Hungerlöhne bekommen und übermäßig lange und intensiv ausgebeutet werden, ob die Arbeiterschaft dadurch in Grund und Boden hinein ruiniert wird, das ist den Behörden ganz gleichgültig. Komische Käuze fürwahr, diese Leute, die Kameele verschlucken, aber Mücken durchsethen! Wo bleibt da die Logik und der gesunde Menschenverstand?

Der Einwand, „die Stadtgemeinde müsse es grundsätzlich vermeiden, sich in die Verhältnisse der Unternehmer und ihrer Arbeiter einzumischen oder durch derartige Bestimmungen in das freie Verfügungsrecht einzugreifen“, zeugt von einem so öden Manchesterstandpunkte, wie man ihn eigentlich der Verwaltung der „Stadt der Intelligenz“ garnicht zutrauen sollte. Jeder anständige Mensch von gesundem Sozialempfinden hält es für seine Pflicht, soweit es natürlich in seinen Kräften steht, den für ihn direkt oder indirekt thätigen Arbeitern anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken; die Stadtgemeinde Berlin hat ein solches Mittel in der Hand, wendet es aber nicht an, weil sie den Herren Unternehmern nicht wehe thun mag. Was kümmert sie sich darum, ob die indirekten städtischen Arbeiter mehr oder weniger ausgebeutet werden? Eine derartige soziale Pflichtverletzung erscheint im Zeitalter der Sozialreform und des „warmen Herzens für die Enterbten“ doppelt tadelnswert.

Und doch hätte die Stadtgemeinde Berlin — ganz abgesehen von ihrer sozialen Pflicht — ein lebhaftes Interesse daran, für anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Es ist ja eine Thatsache, die von jedem Sachkenner ohne Weiteres zugegeben wird, daß ein gut bezahlter und darum gut gedachter Arbeiter, der nicht übermäßig ausgebeutet wird,

viel bessere Arbeit liefert, als ein Anderer, bei dem das Gegentheil der Fall ist. Wenn also die Einfügung der anständigen Lohnklausel in die Bau- und Lieferungsverträge die Arbeiter hebt, so fördert sie auch gleichzeitig die Leistungsfähigkeit und macht sie aufmerksamer und sorgfältiger. Die gelieferte Arbeit wird dadurch unbedingt gewinnen, was der Gemeinde hinwiederum zum Nutzen gereicht. Ebenso gut, wie eine Gemeinde oder der Staat das Recht hat, gutes Rohmaterial den Unternehmern vorzuschreiben und die Verwendung des Materials zu kontrollieren, ebenso hat sie auch das Recht — und die Pflicht! — auf die Verwendung eines tüchtigen Menschenmaterials zu dringen. Ausgemergelte Arbeiter liefern schlechte Arbeit und Unternehmer, die solch minderwertiges Material benutzen, müssen unbedingt Schundwaare abliefern. Hierdurch schädigen sie nicht nur ihre Auftraggeber, sondern sie machen auch ihren anständigen Kollegen verwerfliche Schmutzkonkurrenz, wofür das bekannte Submissionsunwesen den Beweis liefert.

Aus allen diesen Gründen ergibt sich, daß die Einführung der sogenannten anständigen Lohnklausel mancherlei Vorteile im Gefolge hat, die sich Staat und Gemeinde nicht sollten entgehen lassen. Leider aber scheinen sich die öffentlichen Gewalten noch immer in ihrer Rolle als Schutztruppen und Schildknappen des Kapitalismus wohl zu fühlen und alle ihre Schritte darnach abzumessen, ob sie auch dem Unternehmertum angenehm sind; die Steuern der Proletarier sind willkommen und werden selbst zwangsweise beigetrieben, aber das Proletariat steuerkräftig zu machen, fällt Niemandem ein. Das ist — um uns eines landläufigen Ausdrucks zu bedienen — traurig, aber wahr.

Ein Gang durch die Möbelausstellung in Paris.

II.

Die englische Möbellindustrie ist nur durch wenige Firmen vertreten. Die Firma Waring & Gilton in London macht den Besuch des Pavillons, in welchem sie ihre Möbel ausgestellt hat, von besonderer Erlaubnis abhängig. Ich habe um die erforderliche Erlaubnis, denselben betreten zu dürfen, nicht nachgesucht, denn ich sah schon in der Entfernung, daß etwas Besonderes in demselben nicht enthalten war; dieselben Möbel sieht man in dem Möbelmagazin von Salomon in Hamburg, wenn man will, jeden Tag. Die Sigmöbel z. B. waren genau so „spibbelig“, wie die bei S., so daß eine 100 Pfund schwere Person fürchten muß, daß die hier ausgedröhten Stuhlbeine unter ihr zusammenbrechen. Die Firma Howard & Sons in London hat recht gute und sauber gearbeitete Mahagonimöbel ausgestellt, ebenso die Firma Johnson und Applegard.

Von den Vereinigten Staaten Amerikas habe ich nichts bemerkt; ich habe nur Schreibtische mit Jaloufielappen in Eichen- und Mahagoni gesehen. Einige Möbelsstücke: Schränke, Buffets etc., waren freilich dort, doch paßten diese besser in ein ganz gewöhnliches Verkaufsmagazin als auf eine Weltausstellung. Eine Prämierung habe ich, soweit ich, oberflächlich allerdings nur, Umschau hielt, nicht bemerkt, aber die Gruppierung der Möbel mit allem möglichen Bureau-, Haus- und Küchengerät hätte „prämiert“, ja patentiert werden sollen.

Wie über die Vereinigten Staaten kann man auch über die Ausstellungsarbeiten aus Rußland zur Tagesordnung übergehen. Abgesehen von einigen recht sauber gearbeiteten und geschmackvoll ausgeführten kleineren Möbeln, war nichts vorhanden, was mich besonders zu längerem Verweilen hätte veranlassen können. Die vielen Mäße und was damit zusammenhängt, Alles ganz gewöhnliche Arbeit, haben mir nicht das geringste Interesse abzunütigen vermocht.

Besser als Rußland haben Schweden und Norwegen abgeschnitten. So hat eine Firma aus Stockholm, der Name ist mir leider entfallen, einen Schrank aus dunklem Nußbaum ausgestellt, der in jeder Beziehung, sowohl im Stil, im Maßverhältnis, wie ganz besonders in der Ausführung ein Meisterstück genannt werden kann. Eine saubere, im modernen Stil gehaltene Arbeit aus dunklem Mahagoni stellt eine Firma der norwegischen Hauptstadt aus.

Auch Spanien, und besonders Belgien, haben Möbel ausgestellt, die nicht nur kunstreich, sondern auch das Bestreben verrathen, den französischen Kunststücken nachzukommen. Ich sah mehrere Zimmer im Stile Louis XVI. mit reichen Schnitzereien in starker Vergoldung, wie solche in der französischen Abtheilung zu finden sind. Vor Allem verbient die Firma Rosel in Brüssel als hervorragende genannt zu werden.

Nach all dem Hin und Her langte ich dann Aberläs spät am zweiten Nachmittage in der deutschen Abtheilung an. Nach alledem, was ich über dieselbe schon in Fach- und Tagesblättern gelesen, war ich ganz besonders neugierig auf das, was sich meinen Blicken bieten würde; ich wählte die Besichtigung der deutschen Abtheilung zuletzt, weil ich mir das Beste aufsparen wollte und um besser einen Vergleich ziehen zu können. Vor-

weg sei bemerkt, daß nach meinem Dafürhalten die Räumlichkeiten zu beengt sind und daß manches schöne Möbel deshalb garnicht so zur Geltung kommt, wie es seinem Werthe nach sein sollte. Daß nicht Alles Gold ist, was glänzt, beweist auch die deutsche Möbelabtheilung. Ich habe sehr viele Arbeiten gesehen, die kaum mehr als eine mittelmäßige Leistung sind und deren Aussteller besser die Kosten des Transports nach Paris gespart hätten. Doch diese Arbeiten verschwinden unter der Fülle wirklich kunstvoller und solide gearbeiteter Möbel. Von der großen Zahl deutscher Aussteller seien an erster Stelle genannt die Möbelfabrik S. Groschus in Berlin und die Kunst- und Luxusmöbelfabrik O. V. Friedrich in Dresden. Beiden Firmeninhabern ist der „Grand Prix“ (Großer Preis) von der Juri zuerkannt. Und wahrlich, wer die Arbeiten gesehen hat, muß sagen, ihnen gebührte keine geringere Auszeichnung.

Groschus hat ein vornehmes Speisezimmer ausgestellt. Die Einzelmöbel sind im Barockstil gehalten, aus Palisanderholz, verziert mit Nbern aus Buchsbaumholz, gefertigt. Reiche Intarsien und kostbare Beschläge haben Verwendung gefunden. An dem breitheitigen Buffet sieht man reich geschnitzte Säulen auf den Gesäßstücken allerhand Amorettengruppen; die mittlere Thürfüllung ziert ein wundervolles Relief, Szenen und Wlber die, wie mir erklärt wurde, griechischen Motiven entnommen sind. Das ganze Buffet macht einen überaus vornehmen und doch so gefälligen Eindruck. Ihm reißen sich würdig an ein Kredenzschrank, eine Uhr, Tisch, Fauteuils und die Stühle. In Nr. 38 des „Deutschen Tischlermeister“ (Berlin, Friedrichstr. 31) ist eine sehr ausführliche Beschreibung des Buffets von Herrn A. D. Gustabel, Direktor der Berliner Tischlerschule, enthalten, und bei Nr. 42 eine Beilage, die das herrliche Möbel in 1/10 Größe und in naturgetreuer Wiedergabe zeigt. Wer sich eine Vorstellung machen will von der wunderbaren Arbeit, dem empfehle ich, sich beide Nummern genannter Zeitung schicken zu lassen.

Nicht minder kunstvoll und sauber, wie die Arbeiten der Firma Groschus, sind die der Dresdener Firma O. V. Friedrich. Es ist besonders ein Schrank aus Ebenholz mit gravirten Eisenintarsien ganz im italienischen Renaissancestil, der die Bewunderung des Saal, ganz besonders aber des Fachmannes erregt. Vor den Arbeiten beider vorstehenden Firmen ziehen selbst die französischen Kunststicker den Hut, und das will schon etwas sagen.

Weniger hervorragende aber dennoch sehr bedeutende Arbeiten in Stil und Ausführung haben noch folgende Firmen ausgestellt: G. Olm und J. Zwienner gemeinschaftlich ein Schlafzimmer. Die Möbel sind von Zwienner, die Decke und Wände von Olm angefertigt. Die Möbel im Rokoko-Stil sind aus Eberholz, mit reichen vergoldeten Verzierungen und Intarsien versehen, gearbeitet.

Möbelfabrikant Pallenberg in Köln hat einen Saal ausgestellt, der, wie mir gesagt wurde, dem Kölner Gewerbe-museum zum Geschenk gemacht werden soll. Dieser Saal, der von einem Berliner Künstler Lechter entworfen ist, macht einen bezaubernden Eindruck. Alles nur denkbare Material, das in der Möbellindustrie in jüngster Zeit Verwendung fand, hat der Künstler hier stil- und sinngerecht gruppiert. So sieht man z. B. Glasfenster, Glasmosaik, Bronzefiguren, Majolika, Emaille, helpannte Wände, Gobletten und vieles Andere mehr, das den Effekt des Ganzen erhöht.

Schneider & Hanau in Frankfurt a. M. hat ein überwiegend im Stile Louis XVI. gehaltenes kleines Damenzimmer ausgestellt, das in Bezug auf die saubere Ausführung meinen tollsten Beifall gefunden hat.

Die Intarsienkunst ist auf der Ausstellung in hohem Maße vertreten. Ganz besondere Leistungen weisen die Firmen Karl Spindler in St. Leonhard, Böffel in Stuttgart und Macco in Heidelberg auf. Auch deutsche Holzhandlungen waren vertreten, darunter die Firma Radge in Berlin. Massige ausländische Hölzer, sowie Journiere jeder Art, wohl nahezu an hundert, zeigen dem Möbellsticker den Reichtum in der Auswahl seiner Rohmaterialien.

Die Holzbearbeitungsmaschinen, deren eine große Zahl vorhanden war, wiesen keine Neuerungen auf. Nur eine Kreisäge sah ich, welche eine zweckmäßige Schutzvorrichtung hatte; ob dieselbe neu oder schon länger eingeführt ist, vermag ich nicht zu sagen. Das Durchschieben des Holzes erleichterten 6 runde eiserne Walzen, die an der Führung angebracht waren, oder richtiger die eigentliche Führung bildeten. Der Aussteller war die Firma A. Mansome & Co. in London. Die allbekannte Chemnitzer Firma Kirchner & Co. war gleichfalls mit anerkannt guten Maschinen vertreten, doch habe ich Neuerungen an denselben nicht bemerkt, dasselbe muß ich von den sonst vorzüglichen Maschinen der Firma Thomas Robinson & Son in Rochdale sagen.

Die Wagenbauabtheilung sah ich nur im Vorübergehen. Die Zahl der ausgestellten Wagen jeden Genres war eine große. Ein Fachmann hätte sicher viel lernen können aus der Verschiedenartigkeit der Konstruktionen. Die Firma Forder & Co. Limited in London hatte einen Mechanismus an einem Luxuswagen angebracht, der es ermöglichte, daß der Diener, welcher hinten auf dem Tritte steht, durch einen Griff die Fenster vorne schließen und öffnen kann. Dem Aus-

steller war die silberne Medaille zuerkannt. Zwei große Preise hatte die Jury der Firma Van den Plas in Brüssel zugesprochen. Dieselbe hatte einen zweiflügeligen Sportwagen ausgestellt. Die Eigenthümlichkeit des Wagens war in den doppelreihigen Speichen zu suchen. Der Wagen selbst war sehr zierlich, leicht gebaut und äußerst sauber gearbeitet.

Die Erzeugnisse des deutschen Wagenbaues können sich übrigens denen des Auslandes würdig an die Seite stellen. Wir nennen die Firmen Lindner in Halle, Mühe (Inhaber Leuschner) in Berlin, Scheele in Köln, Bengel in Hamburg, Dieck und Kirchten in Offenbach a. M. Bestere Firma und Scheele erhielten die goldene, Lindner und Leuschner die silberne und Bengel die bronzene Medaille. Weßhalb Bengel, dessen Arbeit sich nach meinem Dafürhalten mit der von Scheele sehr gut messen konnte, nur die bronzene Medaille erhielt, ist mir nicht recht klar geworden.

Stark vertreten waren die Automobil- und die Fahrradwerke. Hervorragende Leistungen sah ich (ich urtheile nur als Laie und nur soweit mir ein Vergleich möglich war) bei der Société Française Automobile Suresnes (Seine) bei Ch. Panz aus Nancy und Baillet-Lemaire in Paris.

Die Korbmacherei war zahlreich vertreten. Hier zeigte sich, daß das Korbmacherhandwerk eines von denen ist, die noch lange nicht zu Grunde gehen und es vor vielen anderen verstanden hat, sich in die veränderten Verhältnisse hineinzuleben. Man denke nur an das große Gebiet der Korbmöbelindustrie. Was bietet sich auf diesem Alles dem Auge des Besuchers der Weltausstellung! Dibans, Fauteuils für Kranke und Rekonvaleszenten, Chaiselongues, Tableportative, Voitures in großer Auswahl, in der besten und sinnreichsten Ausführung. An Garten- und Strandstühlen aus Rohrgeflecht ist mancherlei vorhanden, doch unterscheiden sich diese Arbeiten nicht viel von gewöhnlicher Jahrmärktarbeit. Einige geflochtene Stühle aus mexikanischem Rohr geflochten sah ich die allgemeine Beachtung fanden. Der Aussteller war Edmund von Gehren in Zacatecas.

Was die Musikinstrumenten-, die Bürsten-, Pinsel- und Kamminindustrie, sowie die Holz-, Horn-, Marmor- und Eisenbrecherei anbelangt, muß ich auf eine Skizze verzichten; wohl habe ich die Abtheilungen gesehen, manche schöne Arbeit zu bewundern Gelegenheit gehabt, aber ein Urtheil darüber abzugeben, getraue ich mir nicht, denn ich kenne nichts davon. Eine Berichterstattung wäre mir nur dann möglich gewesen, wenn ich die einzelnen Abtheilungen mit tüchtigen Fachleuten hätte besuchen und studiren können. Die Ziehung eines Vergleichs in Bezug auf die gemachten Fortschritte in den letzten zehn Jahren ist mir ebensowenig möglich, da ich die Ausstellung im Jahre 1889 nicht gesehen habe. Das Eine kann ich aber mit aller Sicherheit behaupten, daß in der Kunststickerlei, wie überhaupt auf allen Gebieten der Holzindustrie, ein Fortschritt zu verzeichnen ist, der nicht zum Wenigsten auf die technische Ausbildung der Meister und Künstler und die allgemeine Intelligenz der Arbeiter dieser Branchen zurückzuführen ist. **Albert Röske.**

Mundschau.

„Habt Vertrauen zu den Richtern“ — mit dieser Mahnung lassen die Reaktionsäre stets sofort sich vernehmen, wenn Mißstände in der Justiz und absonderliche, dem öffentlichen Rechtsbewußtsein widerstrebende richterliche Urtheile kritisiert werden. Sofern die Justiz in ihren Urtheilen, besonders gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisationen, dem reaktionären Geiste Rechnung trägt, wird sie von gewissen „Staats-erhaltenen“ als unerschütterlich und des „unbedingtesten Vertrauens würdig“ hingestellt. Und Jeder, der es wagt, solche Urtheile anzugreifen, wird beschuldigt, die „Autorität der Justiz untergraben zu wollen“. Ganz anders lautet die Weisheit der Reaktionen, wenn die Rechtspflege ihr wider den Strich geht. Das erleben wir jetzt wieder anlässlich der vom Brauburger Amtsgericht getroffenen Entscheidung, daß das Lübecker Streikposten-berob verfassungswidrig und deshalb rechts-ungültig ist. Die Schwarzmaxpresse äußert über diese Entscheidung ein hohes Maß von Mißfallen. Wir treffen auf Neuerungen, die geradezu darauf hinausgehen, das Brandenburgische Gericht der Rechtsbeugung im Interesse des „Umsturzes“ zu bezichtigen. Es wird alles Erhabene die Frage aufgeworfen, ob es nicht nöthig sei, den Gerichten die Prüfung der Rechtsgültigkeit einer „gehörig veröffentlichten“ Verordnung zu entziehen!!! So vollständig geht das „Vertrauen zu den Richtern“ bei den Reaktionen in die Brüche, wenn jene nicht urtheilen, wie sie es wünschen. Da plötzlich ist man der Ueberzeugung, daß der Richterstand „unzuverlässig“ und „unfähig, das Rechte zu treffen“, ist. Und es wird die „sichere Erwartung“ ausgesprochen, daß die höhere Instanz die Entscheidung des Brandenburgischen Gerichts aufheben werde. Sollte diese Erwartung sich erfüllen, so wird in den Augen der Schwarzmacher der Richterstand wieder „rehabilitirt“ sein, und man kann dem „gewöhnlichen dummen Volk“ wieder mit um so größerem Nachdruck sagen: „Habt Vertrauen zu den Richtern.“

Wird es so kommen? Die „Wolff. Zig.“ mag nicht daran glauben. Sie schreibt: „Hat doch die Verordnung des Senats von Lübeck im Reichstag auch bei regierungstreuen und liberalen Parteien rechtlichen Anstoß erregt! Hat sich doch gegen die Rechtsgültigkeit dieser Verordnung auch ein konservativer Jurist wie der Geheimrath B. Buchka ausgesprochen! Und hätte nicht der Reichskanzler selbst schwere Bedenken gegen die rechtliche Zulässigkeit der Verordnung geäußert, weshalb hätte er sich mit dem Senat in Verhandlungen über die Verfüng eingelassen, deren Fassung zu Mißverständnissen

Arbeiter statt, die bei der Weltausstellung wirkten. 1500 Arbeiter aller Nationen, darunter besonders vertreten die deutschen Arbeiter, nahmen an demselben Theil. Millerand feierte unter enthusiastischem Beifall die Solidarität der Arbeiter und deren Mitwirkung an dem internationalen Friedenswerk der Ausstellung. Das schönste Ergebnis der Ausstellung sei die Verbrüderung der französischen Arbeiter mit den Genossen der übrigen Nationen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Wir ersuchen die Verwaltungen jener Zahlstellen, die am Jahreschluss einer neuen Mitgliederliste bedürfen, diese uns umgehend mitzutheilen, und wo die Mitgliederliste für mehr als 1000 Namen Raum enthalten soll, wolle man uns dabei auch gleich die Zahl der Namen angeben, welche die neue Liste fassen soll.

Sollte irgendwo die Ausfüllung der jetzigen Mitgliederliste nicht vollständig sein, so bitten wir, die fehlenden Angaben baldigst ergänzen zu wollen, damit sich dann zu Ausgang des Jahres die Ausfertigung der neuen Mitgliedsbücher ohne Störung vollziehen lässt.

Der Zahlstelle Hörde wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 28. Oktober l. J. einen lokalen Beitrag von 5 M pro Woche zu erheben. Die Mitglieder in Hörde haben mithin vom 28. d. M. ab einen wöchentlichen Beitrag von insgesamt 80 M zu entrichten.

Der Zahlstelle Offenbach wird hiermit antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. Januar 1901 einen lokalen Beitrag von 5 M pro Woche zu erheben. Es haben demzufolge die Mitglieder in Offenbach vom 1. Januar nächsten Jahres an einen wöchentlichen Beitrag von insgesamt 80 M zu entrichten.

Die letzte veröffentlichte Abrechnung vom 1. Quartal d. J. enthält einige Fehler und Lücken, die wir hiermit berichtigen resp. ergänzen möchten.

Die Zahlstelle Langenblebach hat an Beiträgen M. 221,20 vereinnahmt und nicht M. 221,30. In der Zahlstelle Stendal beträgt der Bestand für das nächste Quartal M. 39,35 und nicht M. 39,25. Bei der Zahlstelle Charlottenburg sind M. 714,16 für Streik und M. 12 für Rechtschutz noch mit in Ausgabe zu stellen.

Die Mitgliederzahl der Zahlstelle Berlin betrug in diesem Quartal 18980 und ist in der Endsumme über die Zahl der Mitglieder mit enthalten.

Nachstehende als verloren bezeichnete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

- 15260 Reinhard Rolle, Tischler, geb. 19. 12. 72 zu Reichnau.
56624 Paul Böttcher, Tischler, geb. 4. 12. 71 zu Baugen.
58898 Emil Schöfhan, Tischler, geb. 14. 9. 65 zu Memel.
82160 Hermann Fetting, Tischler, geb. 22. 9. 77 zu Schwedt.
119853 Josef Herber, Schreiner, geb. 18. 8. 70 zu Lebersbach.
130609 Richard Trache, Tischler, geb. 25. 9. ? zu Radeberg.
162053 Karl Breitheder, Masch.-Arb., geb. 30. 12. 76 zu Sonneberg.
192797 Josef Hofmann, Tischler, geb. 4. 10. 43 zu Johanngeorgenstadt.
225431 Wilh. Krüger, Tischler, geb. 13. 3. 79 zu Greifenhagen.
226847 Wilh. Teichendorf, Bürstenmacher, geb. 14. 12. 62 zu Neubaum.
233142 Friedrich Wobing, Korbmacher, geb. 10. 2. 82 zu Dübau.
237117 Karl Grünbel, Tischler, geb. 20. 8. 80 zu Ober-Palau.
242382 Albin Günzel, Tischler, geb. 17. 2. 73 zu Böhlen.
258771 Franz Holzhaider, Schreiner, geb. 10. 8. 71 zu Unterhaid.

Stuttgart, den 20. Oktober 1900.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

23. Gau. Vorort Stuttgart.

Wir machen die Ortsverwaltungen darauf aufmerksam, daß der Gauvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, den Gautag auf den 26. Dezember einzuberufen. Ein auf den Gautag bezugnehmendes Zirkular mit einem Situationsfragebogen ist im Laufe der Woche an alle Zahlstellen gesandt worden. Wo die Sendung nicht eingetroffen ist, bitten wir, uns sofort hieron zu benachrichtigen. Die Tagesordnung des Gautages wird in Wälbe im Verbandsorgan bekannt gemacht.

Der Gauvorstand. Im Auftrage: G. A u b.

Korrespondenzen.

Augsburg. Die außerhalb Augsburgs arbeitenden Kollegen wird es interessieren, wie es hier bei uns aussieht. Wie bekannt, hatten wir vor zwei Jahren eine Lohnbewegung, bei welcher wir auf gültigem Wege eine Wochenarbeitszeit von 57 1/2 Stunden, 10 pSt. Lohnerhöhung und eine einheitliche Werkstattordnung erzielten. Leider ist im Laufe von zwei Jahren Vieles hieron wieder infolge der Laune und der Gleichgültigkeit der hiesigen Kollegen verloren gegangen. Nun wurde neuerdings wieder von der hiesigen Meisterschaft der Versuch gemacht, an unserer Werkstattordnung zu rütteln. Infolgedessen wurde nun auf Anregung unseres Verbandes vom Gesellenauschuß eine öffentliche Schreinerversammlung auf den 13. d. M. in unser Lokal,

„Wittelsbacher Hof“, einberufen. Die Versammlung war erfreulicher Weise sehr stark besucht. Das Referat in derselben hatte unser Bevollmächtigter, Kollege Simon, übernommen, der in seiner bekannten vortrefflichen Weise scharf das Verhalten der hiesigen Meisterschaft geißelte. Referent besprach in sachlicher Weise, wie mißsam wir den Meistern eine einheitliche Werkstattordnung abgerungen haben, und nun wollten die Herren Meister dieselbe wieder durchbrechen und die Arbeitszeit nach ihrem Gutdünken regeln. Der Obermeister der hiesigen Zunft, Herr Meier, wollte hiermit den Anfang machen. Jedoch hätten seine Gehülfen sein Ansinnen rundweg abgelehnt. Auch andere Meister haben bereits Ähnliches probiert. Sodann gab Meier noch einen Auszug aus der von den Meistern selbst ausgefertigten Lohnliste bekannt, aus der hervor geht, daß der Durchschnittslohn noch nicht mal 30 M beträgt. Ein Zeichen dafür, wie besserungsbedürftig unsere Zustände sind. Auf für Ueberstunden werde vielfach kein Zuschlag bezahlt. Nachdem der Referent noch über die Lehrlingsfrage gesprochen, schließt er mit der Aufforderung, recht zahlreich dem Verband beizutreten. Nun melde ich verschiedene Kollegen zum Wort, die sich alle in ähnlichem Sinne äußerten. Hierauf ließ folgende Resolution ein: „Die heute im „Wittelsbacher-Hof“ zahlreich versammelten Schreinergehülfen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erklären, daß sie unter keinen Umständen eine Durchbrechung unserer gegenseitig vereinbarten Werkstattordnung zulassen, und jeden Versuch hierzu auf's Entschiedenste zurückweisen. Ferner verpflichten sich die Versammelten sammt und sonders, für Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu wirken.“ Die Resolution fand einstimmige Annahme und wurde hierauf die gut verlaufene Versammlung geschlossen. — An den hiesigen Kollegen liegt es nun, sich das Erreichte nicht wieder entreißen zu lassen, und dies können sie nur dadurch bewerkstelligen, daß sie sammt und sonders der Organisation beitreten. Darum auf, Ihr Kollegen Augsburgs, hinein in die Organisation und die Meisterschaft wird sich halten, Euch wieder mit dazwischen Zutunthun zu kommen.

Berlin. „Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches“ war das Thema, mit welchem sich eine Vertrauensmännerversammlung am 17. Oktober beschäftigte. Anlaß dazu gab das Vorgehen der Zwangsinnung. Der Vorstand derselben hatte die Mitglieder durch ein Zirkular aufgefordert, die Fabrikordnungen umzuändern, um auf diese Weise die Vorschriften des § 616 zu umgehen. Mehrere Redner vertraten den Standpunkt, daß sich die Arbeiter die ihnen gesetzlich gewährtesten Rechte nicht nehmen lassen sollten, deshalb müsse jede Unterschrift verweigert werden, wenn die vorgelegten Fabrikordnungen Bestimmungen enthalten, welche den § 616 hinfällig machen. Dem wurde entgegengestellt, daß die meisten Arbeitgeber ihre Gesellen sofort entlassen könnten, wenn dieselben Bezahlung für ohne ihr Verschulden veräumte Zeit verlangen würden. Weil dann diese Kollegen auf die Rechte des § 616 verzichten würden, um nicht unnding arbeitslos zu werden, sei es zwecklos, wegen eines solchen zweifelhaften Vorteils Differenzen mit den Unternehmern herbeizuführen. Uebrigens seien sich die Juristen selbst noch nicht einig, wie der § 616 auszuliegen sei. Bis jetzt ist auch noch nicht entschieden, ob auch Affordarbeiter für veräumte Zeit eine Vergütung beanspruchen dürfen. In einem Falle wurde ein Kollege mit dieser Forderung vom Gewerbegericht abgewiesen. Was eine entschuldigungs-pflichtige, nicht erhebliche Verhinderungskfrist ist, darüber ist man noch im Zweifel. Bis jetzt ist noch keine Gerichtsentscheidung vorhanden, die in dieser Beziehung einen Anhaltspunkt bietet, weil überhaupt nur wenige Kollegen von dem im § 616 gewährtesten Recht Gebrauch machen können, die Arbeitgeber aber jederzeit durch vorherige Entlassung die Gesetzesbestimmung außer Kraft setzen können, deshalb nahm die Versammlung mit allen gegen zwei Stimmen folgende Resolution an: „In Erwägung, daß der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches die den Arbeitern eingeräumten Rechte nicht garantiert, indem derselbe nicht als öffentliches oder zwingendes Recht gilt, auch der Begriff einer verhältnismäßig erheblichen Verhinderungskfrist die verschiedensten Auslegungen zuläßt, hält es der Verband zur Zeit nicht für rathsam, durch größere Aktionen, wie Arbeitsentziehung etc., die Unternehmer auf diesen Paragraphen zu verpflichten, überläßt es jedoch jedem einzelnen Kollegen, seine eventuelle Forderung auf Grund dieses Paragraphen geltend zu machen und gewährt hierzu Rechtschutz aus Mitteln des Verbandes.“

Draunischweig. In der öffentlichen Holzarbeiter-versammlung, die am 13. Oktober im Gewerkschaftshaus stattfand und sehr zahlreich besucht war, hielt Kollege Robert Schmidt aus Berlin einen Vortrag über das Thema: „Was bedeutet der wirtschaftliche Niedergang für die Gewerkschaften?“ Redner erwähnt den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten fünf Jahre, namentlich die gesteigerte Ausfuhr an gewerblichen Erzeugnissen durch die günstigeren Handelsverträge, ferner die Entwicklung der Technik der elektrischen Anlagen, sowie die gesteigerte Beschäftigung der Kinder, jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte, welche die Unternehmer ganz besonders berücksichtigen, um den Profit zu erhöhen. Wenn man nun betrachtet, daß die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse in trauer Weise durch die Ringbildungen und Kartelle der Unternehmer erhöht sind, so sollten auch die Holzarbeiter einsehen, daß der laut der letzten Statistik des Verbandes gezahlte Lohn nicht die Preissteigerungen der Lebensbedürfnisse ausgleicht. So bleibt beispielsweise der durchschnittliche Lohnsatz der Bürstenmacher um M. 1,85, der Drechsler um M. 2,30, der Stellmacher um M. 1,26 und der Tischler um M. 1,38 wöchentlich hinter den allernothwendigsten Ausgaben zurück. Wenn man nun den Indifferenzismus der Holzarbeiter betrachtet, so ist nicht zu verwundern, daß keine Mittel angewandt wurden, um diese Differenz auszugleichen. Dagegen haben zum Beispiel die besser organisierten Maurer und Buchdrucker sich ganz bedeutende Vorteile erkämpft und zugleich die Unternehmer gezwungen, die Organisation der Arbeiter anzuerkennen und auf Jahre die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifgemeinschaften festzulegen. Gerade in der Zeit des voraussetzlichen wirtschaftlichen Niederganges sei diese Tarifgemeinschaft den Gewerkschaften ganz besonders zu empfehlen, wenn dieselbe günstig abgeschlossen werden kann. Der Terrorismus der Arbeiter, welcher von den Unternehmern so gern in's Feld geführt wird, würde auf gelegentlichem Wege in größerem Maße ausgeführt werden können, indem man die Gewerbetreibenden gewisser Branchen gesetzlich verpflichtete, Zwangskinnungen anzugehen, ja selbst sie zwingen, Gelder für Streiks einzuzahlen, im Weigerungsfalle die gerichtliche Einziehung vorgenommen werden kann. Als Gegenmaß-

dagegen das geplante Zuchtgesetz und als Schluß: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe“. Wenn man die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes übersehe, so zeige derselbe, daß ein wirtschaftlicher Niedergang eintreten wird. Dieses ist ganz besonders schon in der Textilindustrie, dem Baugewerbe und der Metallindustrie, hervorgerufen durch die verminderte Ausfuhr auf Grund der Chinawirren und des Transvaalkrieges, den Mangel an flüssigem Kapital zu Bauzwecken und die sog. Kohlennoth, zu bemerken. Darum sei es vor allen Dingen Pflicht der Gewerkschaften, für einen Nützlich zu sorgen, wodurch Lohnkürzungen zurückgewiesen werden können. Es sei Pflicht eines jeden Holzarbeiters, sich seiner Organisation anzuschließen, um die Gefahr einer Verschlechterung des Lohnes abzuwehren. Punkt 2: „Das Verhalten des hiesigen Stadtmagistrats zur Streik Klausel“ wurde einer herben Kritik unterzogen und den Beschlüssen der letzten Arbeitervereins-Versammlung zugestimmt. Zum Schluß wurde noch erwähnt, daß der letzte Jahresbericht des Gewerbeinspektors unwahre Angaben enthalte über die Lohnbewegungen der Tischler. Es wurde als wünschenswert erachtet, daß der Gewerbe-Rath mehr Fühlung mit den Gewerkschaften nimmt, dann können solche Unwahrheiten nicht in die Berichte kommen. Die Versammlung hält es für angebracht, daß das hiesige Gewerkschaftskartell sich mit der Kritik des Jahresberichts befaßt.

Dreslau. Die Welt ist rund, sie muß sich drehen. Endlich wieder einmal eine öffentliche Drechslerversammlung in Dreslau. Mit diesen einleitenden Worten begann unser Gauvorsteher, Kollege A. Bergmann, seinen Vortrag über das Thema: „Warum müssen wir uns organisieren?“ Ja, es hat wirklich sehr, sehr lange gedauert, ehe sich die Drechsler Dreslaus in einer allerdings nicht gerade glänzend besuchten Versammlung im Saale der „Kaiserburg“ zusammen gefunden haben. Aber auch bei uns heißt's wie überall: Aller Anfang ist schwer. Zum Vortrage selbst ist zu bemerken, daß der Redner darin die mindestens recht eigenartige Thatsache anführte, daß in vielen kleineren Orten Schlesiens der Verdienst verhältnismäßig höher ist, als hier in der Großstadt. Auch der Kraftbetrieb sei vorherrschend im Gegensatz zu Dreslau, wo die Kleinmeister beinahe ausschließlich noch Fußbetrieb hätten. Hierauf kritisierte der Vortragende das hier noch übige wuchernde Affordsystem und empfiehlt den Kollegen mehr Selbstbewußtsein den Arbeitgeber gegenüber. Dann schildert er in recht treffender Weise Schlesiens als das Land der schroffen Klassengegensätze, welche durch den Indifferentismus der Arbeiter noch gefördert werden. Nachdem Redner sich noch über die Schwierigkeiten der Drechslerlei verbreitet hat, fordert er die Kollegen auf, für eine strenge Organisation zu sorgen, da nur durch eine solche die angeführten Mißstände zu beseitigen sind. Eine darauf bezügliche Resolution wurde einstimmig angenommen. In dem dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgenden Diskussion betont u. A. Kollege Kraft, daß das Drechslerhandwerk als Kunstgewerbe seine Bedeutung verloren habe. Einestheils liege dies an dem gegenwärtigen modernen Stil, anderentheils an der jetzt herrschenden Produktionsweise. Im zweiten Punkte der Tagesordnung: „Wahl einer Lohnkommission“, wurden die Kollegen Kopke, Hämisch und Jung gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ ermahnt der Sektionsvorsitzende die Kollegen, persönliche Reibereien ganz zu vermeiden und schließt derselbe mit einem Appell an ihre Solidarität die Versammlung.

Gera. In der am 13. Oktober hier stattgefundenen öffentlichen Holzarbeiterversammlung sprach Kollege Hugo Krüger aus Dresden über das Thema: „Die industrielle Niederkünne, ihre Entstehung und ihre Beseitigung“. Redner schilderte am Anfang seines Referates die Arbeitsverhältnisse der ehemaligen „zünftigen“ Arbeiter im Mittelalter, kommt dann auf die freie Entwicklung der Arbeit in Verbindung mit der Hervorkommnung der Maschine und der mit dieser immer mehr hervortretenden Sucht des kapitalkräftigen Unternehmertums nach billigen Arbeitskräften, Frauenarbeit usw. zu sprechen und belegt seine Ausführungen mit Zahlen einzelner privater, wie staatl. Erhebungen. Nachdem Redner in längerer Ausführung die Ursachen der gegenwärtigen Niederkünne geschildert hat, kommt er zu der Kardinalfrage: Beseitigung derselben. Hier müsse es sich zeigen, ob die Arbeiter gelernt oder vergessen haben. Nicht Palliativmittel, wie sie der heutige Staat biete, schaffe die Arbeitslosigkeit aus der Welt, sondern nur sorgfältige Agitation für Verkürzung der Arbeitszeit, Solidarität und Eintracht der Arbeiterschaft für ihre dualen Interessen. Sorge man dafür, daß das Wort des englischen Nationalökonomens Carlisle: „Es ist ein furchtbare Zustand, wenn der Mensch seinen Nebenmenschen noch bitten muß, um sich wie ein Vieh für denselben abfinden zu dürfen, der Unmöglichkeit anheim falle; stärke man die Organisation, damit durch die Stärke derselben die Maschinen zum Ueberschreiter der Arbeit und zum Segen der arbeitenden Menschheit werden und nicht dienen, zur Ausbeutung, zur Unterdrückung derselben. In der darauf folgenden Diskussion, die sich dem Vortrage anschloß, wurde hauptsächlich über die Verhältnisse in den hiesigen Musikinstrumenten-Fabriken gesprochen, wo Lohnkürzungen keine Seltenheiten sind und die Kollegen sich wenig um ihre Organisation kümmern. Ihre Pflicht ist es, in Massen dem Verbands beizutreten, damit eine weitere Verschlechterung ihrer Lage abgemehrt werden kann. Ferner wurde der Wunsch laut, wieder einmal eine Statistik unter den Holzarbeitern von Gera und Umgegend aufzunehmen. Auch wurde noch bekannt gegeben, daß der Arbeitsnachweis vom 1. Oktober ab im Gasthaus „Zur fühligen Quelle“, Warenaasse 6, sich befindet.

Steinwig. Den Bemühungen des Genossen Dr. Winter aus Deuthen, sowie einigen hiesigen Kollegen gelang es, erneut eine Zahlstelle in's Leben zu rufen. Hoffentlich wird derselben diesmal größeres Interesse entgegengebracht, damit sie nicht nach kurzer Zeit wieder so leud zu Grunde geht, wie das erste Mal. Daß wir hier nicht auf Rosen gebettet sind, weiß wohl Jeder, denn Arbeitszeit sowie Löhne lassen viel zu wünschen übrig; speziell Affordarbeit, welche, wie es sonst wohl nirgends vorkommt, erst dann berathorbt wird, wenn die Arbeit fertig ist. Daß dabei immer der Arbeiter der Dumme ist, wird wohl Jedem einleuchten. Das trifft nicht immer und nicht unbedingt zu. Schlimmer ist es, wenn Afforde abgeschlossen werden, bei denen sich bald herausstellt, daß der Preis viel zu niedrig ist, aber die Arbeit trotz des sicheren Defizits fertig gemacht werden muß. Erst mit der Beseitigung des Affordsystems werden die Klagen gegen dasselbe aufhören, und sollte daher energischer, als es bisher geschah, der Kampf gegen die Affordarbeit aufgenommen werden. Die Red.) Darum ist es Sache und Pflicht eines Jeden, so viel wie möglich diejenigen Kollegen, welche uns noch fern stehen, zu unseren Veramm-

lungen heranzuziehen, damit unsere Zahlstelle so gekräftigt wird, daß wir in absehbarer Zeit daran denken können, auch hier bessere Zustände in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit herbeizuführen.

Leipzig. Eine Drechslerversammlung fand am 18. Oktober statt mit der Tagesordnung: 1. Die Lohnbewegungen der Drechsler Deutschlands im Jahre 1899/1900. Referent: Kollege Gerltke; 2. Gewerkschaftliches. Seinen Vortrag mit einer kurzen Skizzierung der Entwicklung der allgemeinen Arbeiterbewegung einleitend, kommt der Referent auf die Lohnbewegungen der Drechsler seit ihrer Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverband zu sprechen, dabei besonders die Lohnbewegungen, die in letzter Zeit stattgefunden haben, resp. noch stattfinden, in ihrer Ursache, ihrer Bedeutung und ihrem Verlauf schildern. Es sei ein Kleinriegel, den die Drechsler infolge ihrer Verursachungsmöglichkeit mit ihren Arbeitgebern zu führen haben, und deshalb sei es auch schwer, die Errungenschaften aus einem Streik hochzuhalten. Dies beweise unter Anderem der Streik der Leipziger Drechsler im Jahre 1896. Ueberall sind die Forderungen durchbrochen und die Kollegen sind infolge ihrer mangelhaften Organisationszugehörigkeit nicht im Stande, sich bessere wirtschaftliche Lebensbedingungen zu erringen. Redner plädiert sodann für weiteren Ausbau der Organisation unter den Drechslern, damit diese, gleich anderen Berufs-kategorien des Holzarbeiterverbandes, das bisher Veräumte nachholen. An den Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte An. Unter Anderem wurde die Frage aufgeworfen, wie der Verbandsausbau zu haben sei. Mehrere Redner glauben dieser Skala mit durch fachwissenschaftliche Vorträge Abhilfe zu schaffen. — Unter „Gewerkschaftliches“ berichtet zunächst Kollege Märkel über den Verlauf einer Drechslerinnungsverammlung. Diese habe u. A. beschlossen, den jeweiligen Vorständen der Sektionsleitung zu ihren Versammlungen heranzuziehen, d. h. soweit der Gesellenausschuß hierzu einzuladen ist. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, dem Innungsbeschlusse nachzugeben. Des Weiteren wurden die Zustände bei der Firma Brendel einer herben Kritik unterzogen. Wer bei besagter Firma Arbeit bekommt, muß zunächst seine Mitgliedschaft des Holzarbeiterverbandes ablegen, und zwar deshalb, weil Herr Brendel mit der Organisation angeblich „trübe Erfahrungen“ gemacht hat. Sodann darf der angenommene Arbeiter bei einem Akkordverdienste von M. 10—14 pro Woche arbeiten. In dieser Verteilung zu agieren, war der Sektionsleitung, dank dem Indifferenzismus der daselbst beschäftigten Kollegen, unmöglich.

Neugersdorf. In Bezug auf das Eingeladene in Nr. 42 vom 21. Oktober 1900 unter Gersdorf, die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse betreffend, erlauben wir uns, unter Bezugnahme auf das Archivar, Folgendes Ihnen zukommen zu lassen und um Aufnahme desselben in Ihrer Zeitung zu ersuchen. Zu dem besagten Artikel haben wir zu erwähnen, daß dieser mehr aus fanatischer Schadenfreude als den Tatsachen entsprechend geschrieben ist und von einem bei Hermann Wünsche beschäftigt gewesenen Tischler herrührt. Zu erwähnen habe ich hierzu, daß in meinem Waagegeschäft eine durchweg zehnstündige Arbeitszeit eingeführt ist, und daß ein Tischler bei zehnstündiger Arbeitszeit pro Woche nicht unter M. 15 verdient, was zwar nicht viel, aber für die hiesigen Verhältnisse am Orte als Höchstlohn bezeichnet werden muß, indem große Geschäfte hier am Plage nicht mehr, sondern weniger bezahlen, und ich trotzdem mit denselben die Konkurrenz bestehen muß, trotzdem ich inhaltlich mehr beziehe als Großunternehmer; dazu kommt noch, daß ich in gewerkschaftlicher wie in politischer Beziehung niemals einem Arbeiter hinderlich gewesen wäre, sondern vielmehr, ohne daß dieselben erst anfragen brauchen, stets die nötige Zeit dazu gewährt habe, um im obigen Sinne agitatorisch wirken zu können. Gleichzeitig ist der 1. Mai als Arbeiterfeiertag bei mir eingeführt. Und nun sucht mich der Einsender des betreffenden Artikels in entgegengesetzter Weise bei der ganzen Arbeiterchaft Deutschlands zu verdächtigen, als wenn bei mir die denkbar traurigsten Verhältnisse wären, und, um seiner Frivolität noch die Ironie aufzusetzen, behauptet derselbe Einsender, daß dazu der Buchhalter, Herr Schurz, welcher sich, nebenbei gesagt, noch niemals als solcher ausgegeben hat, sondern sich stets und ständig mit den übrigen Arbeitern Eins fühlte) viel mit dazu beitrage. Es hängt dies gerade, als wenn ich mich von Arbeitern zu Ungunsten der Anderen bedornden ließe, als wenn ich selbst nicht urteilsfähig wäre. Daß ich allerdings, wenn die Saison vorüber ist und ich keine Arbeit mehr habe, den Arbeitern künftigen muß, das kann sich jeder denkende Mensch lebhaft vorstellen, denn ein Kleinmeister hat nicht die nötigen Mittel, große Vorräte aufzulassen. Unter diesen Umständen wird es wohl auch am Plage sein, wenn ich, anstatt einem Familienvater mit fünf Kindern einen Jüngeren ohne Kinder sage, die Arbeit wird jetzt knapp, er möchte sich binnen 14 Tagen oder drei Wochen nach anderer Arbeit umsehen. Es hängt auch allerdings nicht schon, wenn, ohne irgend welche Gründe anzugeben, mit solchen verdächtigen und öffentlich herabwürdigenden Propagandas über Andere hergezogen wird, wie es hier vom Einsender (welcher uns als Herr Hans Bauer bekannt ist) in Betreff des Schurz der Fall ist.

Gleichzeitig wollen wir bemerken, daß die bei Herrn Wünsche beschäftigten Arbeiter durchaus politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind, und daß wir beiden im betreffenden Artikel Angriffsstellen schon politisch und gewerkschaftlich organisiert waren, als Herr Bauer noch in Kinderbüchern herumlief, und daß wir uns auch durch diesen geschäftigen Artikel nicht abbringen lassen werden, unsere Schlußsätze zu ihm hochachtungsvoll

Friedrich Schurz, Hermann Wünsche.
Anmerkung der Redaktion. Die Schlußsätze der „Berichtigung“ tragen nicht das Datum, und die Deklamationen der Herren Einsender sind falsch. Aus diesem Grunde haben wir dieselben nicht veröffentlicht.

Pforzheim. Auch hier hat sich dieses Frühjahr eine Zwangsvereinbarung, oder wie sich die Herren selbst nennen, eine „Zwangs-Schlichter-Vereinbarung“ geschlossen. Ob diese im Grunde ist, das habe ich auf eine kleine Reise zu bringen, nicht abzusehen. Bei der Gesellenausschussswahl regte die Idee der organisierten Arbeiter. Würden wir für letztere wäre in Pforzheim, daß sich die Herren Innungsleiter des vor zwei Jahren als Nachbarn der gewerkschaftlichen Arbeiter, Einhaltung einer gewissen zehnstündigen Arbeitszeit, Erwerbungs der Arbeitslosen usw. einzusetzen sollten. Es wäre dies allerdings möglich, als mancher andere Projekt, wenn den Arbeitern angelehnt gehalten werden soll. In der Oktoberfabrik geht es, wie ich bei der Zwangsvereinbarung nicht angeht, hat, ist, daß man sich nicht auf den Massenkonsum zu verlassen, aber nicht etwa den Erzeugnissen, sondern auf den

Massenkonsum von Arbeitern, und ist es namentlich der Geschäftsführer dieser Fabrik, Herr Stetter, welcher sich dieses Letztere wohl zur Hauptaufgabe gestellt hat. Von Anfang dieses Jahres bis jetzt haben so ja 220 Arbeiter dies Geschäft frequentiert; bis zum Jahresluß wird wohl das dritte Hundert voll werden. Doch ganz gewiß eine schöne Leistung, wenn man bedenkt, daß durchschnittlich etwa 45 Arbeiter dort beschäftigt werden! Warum so viele Kollegen das Geschäft so bald wieder verlassen, ist leicht zu erraten. Kommt so ein junger Kollege, von irgend einem Arbeitsnachweis der umliegenden Städte hergeschickt, in das Geschäft, so erhält er auch sofort Akkordarbeit. Grundjak ist hierbei, möglichst billig. Ob nun der Betreffende schon mit Maschinen gearbeitet hat oder überhaupt die übernommene Arbeit zu machen im Stande ist, das ist gleichgültig. Findet nun so ein Arbeiter, daß er trotz angestrengter Arbeit nichts verdienen kann, so läßt er sich am Samstag seinen Abschlag geben und nachher seine Papiere, schenkt dem Geschäft die zwei einbehaltenen Tage und geht weiter. Ein Zweiter und schließlich auch noch ein Dritter arbeiten ebenfalls einige Tage an dieser Arbeit und verlassen dann das Geschäft auf ähnliche Weise. Zu guter Letzt erhält dann irgend ein älterer Arbeiter das betreffende Stück im Tagelohn zum Fertigmachen. Ob nun durch eine derartige unfreiwillige Arbeitsverteilung die Arbeit besser und billiger zu stehen kommt, darüber wollen wir keine Worte verlieren, das kann sich Jeder, der seiner fünf Sinne mächtig ist, selbst ausrechnen. Hat nun wirklich einmal ein Arbeiter das seltene Glück, einen Ueber-schuß zu machen, dann soll er sich erst darüber freuen, wenn er ihn erhalten hat. So wurden z. B. einem Kollegen Kastenberger M. 10 abgezogen für angeblich mangelhafte Arbeit, trotzdem dem ganzen Mangel in drei Stunden in der Weizwerfstädte abgeholt war; der Kollege hat sich das notwendigem auch gefallen lassen, weil er von diesem Eldorado fort wollte, jedoch bei den vorher gepflogenen Auseinandersetzungen bekam der Geschäftsführer so verschiedene bittere Wahrheiten und Ehrenmittel zu hören, welche ihn bei den übrigen Arbeitern nicht höher in der Achtung setzten lassen, da er es vorgezogen hatte, diesen Kollegen nicht zu verklagen. Ganz besonders beklagenswert ist aber das Denunzianten-unwesen in diesem Geschäft, kein offenes Wort darf sich dort ein Arbeiter erlauben, das nicht in der nächsten Viertelstunde in bedeutend vermehrter und verbesserter Auflage den Geschäftsinhabern zugetragen wird, beide Teile zugleich genügend kennzeichnend; wie traurig muß es doch einem neu eingetretenen Arbeiter vorkommen, wenn er auf ganz selbstverständliche Anfragen entweder gar keine, oder eine höchst zweideutige Antwort erhält, denn sobald ein älterer Arbeiter sich einem jüngeren in der besten Absicht annimmt und behilflich ihm ist, so kann es trotzdem vorkommen, daß er als Hecker und Aufwiegler angesehen wird. Leider giebt es mehrere solcher schönen Seelen im Geschäft, welche glauben, auf solch ordinäre und verwerfliche Weise sich nach oben „lieb kind“ machen zu können, nicht eingedenk, daß sie dadurch sich selbst und ihren Nebenkollegen schädlich sind. Trotz dieser Mißstände können es die Inhaber nicht begreifen und verklagen sich noch darüber, daß ihnen nicht genug Arbeiter (von den verschiedenen Arbeitsnachweisen von hier und den umliegenden Städten, namentlich Stuttgart, mit denen sie fortwährend in Verbindung stehen), zugeführt werden, als ob die vielen entlassenen Kollegen nicht genug Loblieder darüber singen könnten. Es wurde zwar schon öfter seitens der Verbandskollegen versucht, geordnete und menschenwürdige Zustände herbeizuführen, es werden auch immer zufriedenstellende Vorschläge gemacht, aber der Geschäftsführer kümmert sich nach einigen Wochen nicht mehr darum und verfällt dann wieder in seine alten Gewohnheiten. Dann geht der alte Tanz wieder von Neuem los. Nachdem zur Genüge bekannt ist, daß persönliche Vorstellungen keinen dauernden Erfolg haben, bleibt nur noch der eine Weg: die Öffentlichkeit, und davon wird so lange Gebrauch gemacht werden, bis den gerechten Wünschen der Arbeiter auch wirklich Rechnung getragen wird. Für die Arbeiter aber wäre besonders zu wünschen: „Kümmert Euch mehr als bisher um den Holzarbeiter-Verband, tretet ein in den Verband und besucht die Mitgliederversammlungen regelmäßig, das wird Euch mehr nützen, als so mancher Klimbim-Veren; denn nur durch geschlossenes Vorgehen seid Ihr im Stande, Eure Lage zu verbessern.“

Rabenau und Hainberg. Am 18. Oktober tagte in Amaths's Restaurant in Deuben eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, in welcher Genosse Einbermann-Dresden unter großem Beifall über „Die Industrie-Entwicklung und die Interessen der Arbeiter“ referierte. Nachdem eine Kommission zur Aufnahme statistischen Materials für Rabenau und Umgebung, aus welcher einige Kollegen ausgeschieden waren, wieder ergänzt worden war, wurden verschiedene Mißstände aus Werkstätten kritisiert. So wurden bei der Firma Müller & Weinert zwei Arbeiter gekündigt, vermutlich deswegen, weil diese eine Notiz über Mißstände bei der Firma in die „Zähl. Arbeiter-Zeitung“ gebracht haben sollten. Diese Notiz entspricht aber, mit Ausnahme eines Druckfehlers, der Wahrheit. Einem Herr Weinert in die Firma eingetreten ist, werden fortwährend Lohnreduktionen vorgenommen. Für eine Arbeit fertig gestellt, so schreibt man einfach M. 1—1,50 weniger an für ein Duzend Stücke. Beschwerdete sich ein Arbeiter, so weiß man eben nicht mehr, was es früher gegeben hat. Wird ein Arbeiter fortgeschickt, so geschieht dies größtenteils ohne Kündigung. Bisher hat die Firma auch immer Glück gehabt, sie ist noch nie an die richtige Adresse gelangt. Der größte Teil der hiesigen Arbeiter kümmert sich weniger oder garnicht um die Bestimmungen in der Gewerbeordnung. Da die Kollegen auch oftmals abreißen müssen, so wird das Klagen beim Amtsgericht eben unmöglich. Ein Gewerbegericht ist hier dringend nötig, wenngleich auch die Gemeinderäte von Hainberg und Rabenau der gegenwärtigen Ansicht sind. Eine vom Gewerkschaftsartikel an die Gemeinderäte gerichtete Anfrage wurde in Rabenau damit erledigt, daß man zur Tagesordnung überging und die Gemeinderäte von Hainberg behaupten gar, daß das Amtsgericht Streitigkeitsfälle schneller erledigt, als ein Gewerbegericht.

NB. Sonnabend, den 27. Oktober, findet im „Deutschen Haus“ in Posthappel eine Versammlung zwecks Besprechung über die Errichtung eines Gewerbegerichts statt; jedes Kollegen Pflicht ist es, zu erscheinen.
Zeulenroda. Am 13. Oktober fand in Pohlant's Lokal eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Hugo Krüger aus Dresden über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart“ referierte. Von den ca. 125 Tischlern resp. Holzarbeitern waren ca. 90 anwesend. Der Redner legte den Anwesenden klar, daß es schon von jeher Verhältnisse sowie Beschlüsse gegeben und daß die Herren es verstanden, sich von dem Schicksal der Arbeiter zu nehmen. Die Ausbeutung der

Arbeiter wird jetzt systematischer betrieben, und es ist deshalb Pflicht der Arbeiter, nicht den „armen Lazarus“ zu spielen, das heißt, die Arbeiter sollen nicht warten, bis die Reichen die Brosamen, welche unter ihrem Tische liegen, verteilen, sondern sie müssen sich ein besseres Dasein erkämpfen. Des Weiteren ist es notwendig, darauf zu achten, daß die bestehenden Gesetze respektiert und nicht von dem Unternehmertum jederzeit verletzt werden. Das heutige Unternehmertum glaubt, garnicht die Pflicht zu haben, die Gesetze zu beachten. Sehr eingehend, und an vielen Beispielen beweisend, legte der Referent die Entwicklung der heutigen Produktion auseinander, schilderte die traurigen Lohnverhältnisse in Schmalzfabren und erklärte, daß es notwendig ist, die Organisation zu stärken, um durch gute und starke Organisation es möglich zu machen, etwas Erpressliches für die Arbeiter zu schaffen. Auf die gegenwärtige Krise eingehend, kam der Referent darauf, daß die Organisation stark bleiben müsse, um den Kampf mit Erfolg zu führen und das jetzt erkämpfte aufrecht zu erhalten. In der Diskussion schilderte M. Franke die Verhältnisse der hiesigen Tischlergehülfen. Es sei wohl Tatsache, daß hier nur gute Waaren gefertigt werden, daß dann aber auch der Lohn von M. 12 bis 14 betragen müsse, indem es nicht zu vereinbaren sei, wenn man eine gute Arbeit von den Gehülfen verlange. Ein Jeder der Gehülfen weiß, wie lange es dauert, den Lohn um 50 % zu erhöhen. Den indifferenten Kollegen legte er an's Herz, sich an der gemeinsamen Arbeit mit zu beteiligen, um mit Recht an den Früchten der Organisationen teilzunehmen. Zum Schluß rief der Kollege Krüger den Anwesenden folgende Worte zu:

Ruhm und Ehre jedem Fleiß,
Ehre jeder Hand voll Schweiß,
Ehre jedem Tropfen Schweiß,
Der in Hütten fällt und Wüsten;
Ehre jeder nassen Stirn
Hinter'm Pfluge; doch auch Dessen,
Der mit Schädel und mit Hirn
Hungert und pflügt, sei nicht vergessen!

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Lohnbewegung in Kellheim ist beendet. Wenn auch nicht Alles erreicht worden ist, was gefordert wurde, so sind die Kollegen doch einwillen damit zufrieden. Die anderen Forderungen werden zu passender Zeit wieder gestellt werden.

Schnell und günstig beendet Streik. Wie wir durch ein Telegramm in der vorigen Nummer unserer Zeitung mittheilten, hatten in der Fabrik von Lehmann's Nachfolger (Inhaber Sternberg) in Breslau 50 Kollegen wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt. Die Fabrik ist bekanntlich teilweise abgebrannt. Dadurch sind die Holzbearbeitungsmaschinen zerstört und die Tischler gezwungen, statt auf Fabrikmaschinen jetzt auf fremden Maschinen das Holz vorzubereiten zu lassen. Um den durch Zeitverlust etc. entstehenden Schaden für sich wieder gut zu machen, verlangten die Tischler 10 pSt. Lohnerhöhung. Die Firma verweigerte dieselbe. Daraufhin zogen die Arbeiter die Konsequenzen und legten die Arbeit nieder. Inzwischen ist der Streik schon am Dienstag beigelegt worden, nachdem sich die Parteien dahin geeinigt hatten, daß eine fünf, statt der geforderten zehnprozentigen Lohnerhöhung gewährt und akzeptiert wird. Diese Zulage soll durchgängig auf alle Akkordpreise verrechnet werden. Die Arbeit wurde am Dienstag Mittag wieder aufgenommen. Die Demission stellt sich als ein neuer Erfolg der Organisation dar und ist dem treuen Zusammenhalten der beteiligten Kollegen zu danken. Bemerkenswert ist, daß die Firma auch eingewilligt hat, die Tage, an denen die Arbeit ruhte, mitzubehalten.

Neue Differenzen in Breslau. Inzwischen sind in der Schießischen Holzwaarenfabrik, Neuborffstraße, unter den Drechslern Differenzen ausgebrochen. Trotzdem dort so schon schlechte Preise gezahlt werden, kam es vor, daß am Dienstag, den 16. d. Mts., an den Maschinen etwas passierte und die Leute (13 Drechsler) drei Tage aussetzen mußten. Als die Betreffenden Bezahlung dafür verlangten, wies man sie schneide ab, ebenso als sie die Entlassung verlangten. Die Angelegenheit wird das Gewerbegericht zu regeln bekommen. Zugunsten der Fabrik ist zu vermeiden. Eine Mitgliederversammlung tagte am 21. d. M. bei Heider, Herrenstraße 19, wo Kollege Meiß, welcher zwei Jahre in Paris tätig und in der Ausstellung ebenfalls beschäftigt war, einen Vortrag hielt über die Ausstellung und die Bedeutung derselben für die Arbeiter. Ebenso hatte Kollege Proß Gelegenheit, in einer vorausgegangenen Versammlung im großen Schießwerderaal sich über alle Sehenswürdigkeiten auf der Ausstellung in Paris, zu welcher er von der Stadt Breslau geschickt worden war, zu verbreiten und ein ebenso klares Bild den Zuhörern vorzuführen.

Achtung, Holzarbeiter! Wie uns ein Telegramm aus Dessau (Anhalt) mittheilt, sind dort in der Holzindustrie Differenzen ausgebrochen, weshalb einwillen der Bezug fern zu halten ist. Näherer Bericht folgt.

Achtung, Kistenmacher! In der Kistenfabrik von Seifert in Berlin, Paltzfabrikstraße, haben sämtliche Kollegen wegen Mängelregelung die Arbeit niedergelegt. Bezug ist streng fern zu halten.

Der Berliner Drechslerstreik wurde am Donnerstag für beendet erklärt. Siebenzehn Streikende sind noch zu unterfrühen. Ueber die Werkstätten Grund, Friedenstraße 48, Hoff, Markussstraße 36, Walter, Müderdorferstraße 48, Körner, Gruner Weg 65, und Pfaff, Grüner Weg 27, wurde die Exzesse verhängt. Eine kleine Werkstätte ist mit Streikbrechern besetzt. In den gesperrten Drechslerereien befinden sich ebenfalls einige Arbeitswillige. In allen übrigen Werkstätten wurden die Forderungen ganz oder theilweise bewilligt. Die Aufschläge betragen durchschnittlich 10 pSt. Die Berliner Drechsler können mit diesem Erfolge zufrieden sein. Die fünf gesperrten Werkstätten kommen für die Gesamtbewegung nicht in Betracht, denn es sind nur ganz kleine Betriebe.
Auch der Drechslermeister Bruns, Woppsstraße, dessen Werkstätte nach Beendigung des Baudrechslerstreiks gesperrt worden war, hat nachträglich noch die Forderungen anerkannt. Damit hätten die Baudrechsler in allen Werkstätten, wo sich die Kollegen an der Bewegung beteiligten, einen Erfolg erzielt. Nun wird es auch Sache der Kollegen sein, das Errungene fest zu halten.

In erster Linie muß die Organisation gepflegt und ausgebaut werden. Jeder Arbeitgeber muß damit zu rechnen haben, daß seine Gesellen eifrige Mitglieder der Organisation sind.

Die Drechsler der Holzbearbeitungsfabrik von Eöhu & Co. in H u m legten am Mittwoch wegen Lohn-differenzen die Arbeit nieder. Herr Eöhu legte den Drechslern am Montag einen neuen Akkordtarif vor, welcher bei allen Artikeln, außer zweien, Preisreduktionen enthielt.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Die Zahlstelle Bremerhaven und Umgebung beschloß in ihrer letzten Versammlung mit großer Majorität, sich dem ersten Teile des Liegnitzer Protestes, betreffend Streikunterstützung aus der Hauptklasse, anzuschließen.

Die christlichen Holzarbeiter, so schreibt die „Volkswacht“ in Breslau, haben kürzlich in ihrer Verbandsführung über alle Gebühr sich über die „Volkswacht“ aufgeregt, weil sie die geringe Mitgliederzahl des Verbandes nach dem Bericht des Vereinskassierers konstatiert hatte.

Die Schönheider Birkenfabrik Akt.-Ges. vorm. F. Z. Venz hat im ersten Geschäftsjahr (s. Nr. 15 der „Holz-arbeiter-Zeitung“ 1900) nach M. 10904 Abschreibungen einen Reingewinn von M. 85743 gehabt; von diesen wurden M. 80000 als 6 pSt. Dividende verteilt.

Die vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg haben im letzten Betriebsjahre einen Gesamtgewinn in Höhe von M. 622460 (gegen M. 610773 im Vorjahre) herausgeschlagen. Nachdem die nötigen Speisungen der ordentlichen und außerordentlichen Reservefonds geschähen, die Lantienne und Aequivalente verteilt und — stamme nicht, lieber Gehülfe — auch der Arbeiterunterstützungsfonds bedacht ist (wie viel wird nicht gesagt), gehen die armen, notleidenden Aktionäre an's „Theilen“ der „u r“ noch übrig gebliebenen M. 412500 Welche Anteiligkeit, bloß 11 Prozentchen.

Die Preissteigerung der fertigen Produkte wird sich erst im nächsten Jahre bemerkbar machen; dann freue dich, armer Aktienjobber, dein Weizen, blüht!

Das Geschäft blüht. Der Bürsten- und Pfaffenwaren-Fabrikant Tator in Saarbrücken läßt in der Fabrikantenzeitung Reklame für sein Geschäft machen und läßt sie sagen, daß er jetzt ja 115 Arbeiter beschäftigt (vor zwei Jahren nur 10—15) und (deshalb jedenfalls) „zu sehr billigen Preisen“ liefert und mit jeder anderen Firma konkurrieren kann.

Die Löhne sind in der Bürsten-, Pinsel- und Pfaffenwarenindustrie bekanntlich sehr niedrig, die Arbeiter sehr bescheiden und sehr bedürftig, aber auch ebenso indifferent. Was könnte also Herrn Tator hindernd im Wege stehen, zu sehr billigen Preisen zu verkaufen? Niedrige Arbeitslöhne sind die Triebfedern der Schundkonkurrenz, diese wird nicht eher aufhören, als bis die Arbeiter durch ihre Organisationen derselben ein Ende machen.

Submissionsumwesen. Die Eröffnung der Offerten über Tischlerarbeiten der Nebengebäude des kgl. Schlachthaus in Solingen gab folgende Resultat: Die Arbeiten umfassen: 10 Stück zweiflügl. Haustüren, Pitch-Pins, doppelte Schlagleiste, Füllungen scharf gefäht, im Mittel 300, 150 lichte Größe, 3 dito ohne Oberlicht 250, 150, 1 dito einflügl., 200, 100, 18 Stufen f. Wendungstreppe, 131 qm rauhen gefederten Fußboden, 24 qm gehobelt und gefederte Zwischenwände von 2 1/2 cm dicken Stambrettern, 10 Türen aus demselben Material, 120, 0,85, angehängt, 18,50 qm Falouflebretter, 1 Oberlicht 225/200, 50 cm hoch von 5 cm dicken Stammholz, 1 Luke von 100/70 zu bekleiden. Die Offerten lauteten auf: M. 1034, 1596, 1445, 1497,80, 1497,45, 1489, 1507, 1608, 2222, 2262, 2474.

Vom Schlachtfelds der Zukunft. Die Sächsisch-Holzberufsgenossenschaft veröffentlicht soeben die Unfallstatistik vom dritten Vierteljahr 1900. In diesem Zeitraum kamen 300 Unfälle zur Anmeldung. Die meisten Unfälle ereigneten sich durch Dampfkeffel, Dampfleitungen, Dampfboiler, Motoren, Transmissionen aller Art, Fahrstühle, Aufzüge, Krähne, Sägezeuge, Gatter- und Formiermaschinen, Band- und Kreisjägen, Hobel-, Abriecht- und Rehmmaschinen, Fräsen, Bohrer- und Stemmmaschinen, Vorförderung von Lasten, Auf- und Abladen, Fall in Bauteilen und von Leitern oder Treppen. Todesfälle waren drei zu verzeichnen; in 87 Fällen dauerte oder wird voraussichtlich die Gewerksunfähigkeit länger als 13 Wochen dauern. Die drei Todesfälle ereigneten sich in dem Betriebe einer Holzwarenfabrik, einer Sägemühle und Kisten-tischlerei. Von den 87 Fällen mit längerer und voraussichtlich längerer als 13wöchiger Erwerbsunfähigkeit der Verletzten kommen 23 auf Sägewerke, 14 auf Tischlereien, 11 auf Möbel-fabriken, 10 auf Holzwarenfabriken, 7 auf Stuhlfabriken, 8 auf Kistenfabriken, je 2 auf Holzbildhauereien, Fabriken photo-graphischer Apparate, Haus- und Küchengeräthfabriken, Spiel-waaren und Räderfabriken, sowie je einer auf eine Holz-bearbeitungs-, Bürsten-, Federkassen-, Faß-, Celluloidwaren- und eine Maßstabfabrik, Holzbohrerei, Stellmacherei und Drechslererei. Die Holzarbeiter sind, wie Figuren zeigt, auf die mannigfaltigste Art der Gefahr ausgesetzt, ihr Leben im Betriebe einzubüßen und sich körperlichen Schäden zu holen. Dringend notwendig ist es daher für die Arbeiter dieses Berufes, sich um die sozialpolitische Gesetzgebung zu kümmern, wozu die beste Gelegenheit sich beim Eintritt in die Organisation bietet.

Unfälle ereigneten sich durch Dampfkeffel, Dampfleitungen, Dampfboiler, Motoren, Transmissionen aller Art, Fahrstühle, Aufzüge, Krähne, Sägezeuge, Gatter- und Formiermaschinen, Band- und Kreisjägen, Hobel-, Abriecht- und Rehmmaschinen, Fräsen, Bohrer- und Stemmmaschinen, Vorförderung von Lasten, Auf- und Abladen, Fall in Bauteilen und von Leitern oder Treppen. Todesfälle waren drei zu verzeichnen; in 87 Fällen dauerte oder wird voraussichtlich die Gewerksunfähigkeit länger als 13 Wochen dauern. Die drei Todesfälle ereigneten sich in dem Betriebe einer Holzwarenfabrik, einer Sägemühle und Kisten-tischlerei. Von den 87 Fällen mit längerer und voraussichtlich längerer als 13wöchiger Erwerbsunfähigkeit der Verletzten kommen 23 auf Sägewerke, 14 auf Tischlereien, 11 auf Möbel-fabriken, 10 auf Holzwarenfabriken, 7 auf Stuhlfabriken, 8 auf Kistenfabriken, je 2 auf Holzbildhauereien, Fabriken photo-graphischer Apparate, Haus- und Küchengeräthfabriken, Spiel-waaren und Räderfabriken, sowie je einer auf eine Holz-bearbeitungs-, Bürsten-, Federkassen-, Faß-, Celluloidwaren- und eine Maßstabfabrik, Holzbohrerei, Stellmacherei und Drechslererei. Die Holzarbeiter sind, wie Figuren zeigt, auf die mannigfaltigste Art der Gefahr ausgesetzt, ihr Leben im Betriebe einzubüßen und sich körperlichen Schäden zu holen. Dringend notwendig ist es daher für die Arbeiter dieses Berufes, sich um die sozialpolitische Gesetzgebung zu kümmern, wozu die beste Gelegenheit sich beim Eintritt in die Organisation bietet.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der deutschen Buchdrucker hatte am 13. und 14. Oktober in Berlin eine Gauvorsteherkonferenz einberufen, in der über ein Programm beraten wurde, welches der demnächstigen Tarifrevision von Gehülfsseite zu Grunde gelegt werden soll. Zur Annahme gelangte folgende Resolution: „In Berücksichtigung der Steigerung der Lebensmittelpreise und Wohnungspreise, und in der weiteren Erwägung, daß 1896 das Hauptgewicht der Tarifrevision auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wurde und berechtigte Wünsche auf Vohnerhöhung unberücksichtigt blieben, stellt sich die Gauvorsteherkonferenz auf den Standpunkt, daß bei der nächstjährigen Tarifverhandlung in der Hauptsache Anträge auf Erhöhung des Gehülsgehaldes bezw. der Grundposition gestellt werden. Es bleibt selbstverständlich Orten mit theuren Lebensverhältnissen überlassen, außerdem noch eine dem entsprechende Regelung der Lokalaufschläge zu beantragen. Die Konferenz hält die Erhöhung des Tarifs in der angegebenen Form für notwendig, um die Hebung der Lebenslage aller Kollegen, auch in den kleineren Druckorten, herbeizuführen.“

Zur Tarifberatung im Buchbindergerwerbe berichtet die Tarifkommission der Leipziger Buchbinder, entgegen den Meldungen bürgerlicher Blätter: Wahr ist, daß die Tarif-beratungen fast zum Abschluß gebracht sind, soweit es sich um die Akkordfrage handelt. Über damit sind die Verhandlungen noch lange nicht abgeschlossen. Es harren noch elf Punkte der Erledigung resp. Beratung und Beschlußfassung. Diese elf Punkte gehören in die allgemeinen Bestimmungen und betreffen die Interessen aller Arbeiter und Arbeiterinnen im Buchbinder-gewerbe gleichmäßig, gleichviel, ob sie im Akkord-, Stunden- oder Wochenlohn beschäftigt werden. Sie sind so wichtiger Natur, daß nach der bisherigen Stellungnahme der Herren Buchbinderbesitzer die ganze Tarifangelegenheit scheitern kann, zumal die Tarifkommission der Gehülfe am Dienstag Abend, an dem die allgemeinen Bestimmungen beraten werden sollten, die Sitzung resultatlos verlassen mußte.

Von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Der Streik der Porzellanarbeiter bei der Firma Schäfer und Vater in Rudolstadt dauert fort. In dem am 19. Oktober vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt abgehaltenen Termine wurden die Verhandlungen resultatlos ab-gebrochen, als die Firma die Erklärung abgab, daß sie „nie wieder“ ein Mitglied des Porzellanarbeiterverbandes beschäftigen werde. Bei diesen Worten verließen die zahlreich anwesenden Männer und Frauen, sowie die verhandelnde Kommission demonstrib das Sitzungszimmer.

Die in der mechanischen Papierwarenfabrik Gebrüder Feinmann in Meiningen beschäftigten Mitglieder des Buchdruckerverbandes stellten die Forderung auf eine Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden. Diese Forderung wurde ab-gelehnt, und zugleich wurden die Arbeiter gekündigt und entlassen.

Die Leipziger Töpfer haben wegen des wortbrüchigen Verhaltens der Unternehmer einstimmig beschlossen, die Arbeit einzustellen. Es wird erlucht, den Zuzug streng zu vermeiden.

Keine Arbeitslosenunterstützung. Die in Mainz statt-gefundene Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes hat mit 47 gegen 17 Stimmen die Einführung der Arbeitslosen-unterstützung abgelehnt.

Das moralische Ende des Dr. Max Hirsch. Die in einem unbewußten Augenblicke von Dr. Max Hirsch im preußischen Abgeordnetenhaus geoffenbarte wahre Denk- und Gefühlswelt des unterfälschten Bourgeois und maskierten „Arbeiterführers“ hat zahlreiche Mitglieder tief und nachhaltig erregt und man erhält aus ihren zahlreichen Kundgebungen gegen den hinterlistigen Uebertäter den Eindruck, daß sie sich nachgerade vor aller Welt schämen, einen solchen Mann als „Arbeiterführer“ an ihrer Spitze zu haben. Und der konnte 30 Jahre lang Tausende deutscher Arbeiter am Gängelbände führen? Der jüngst stattgefundene Verbandstag rheinischer Gewerksvereine hat ihm ebenfalls ein Mißtrauensvotum aus-gestellt, für das von den 24 vertretenen Vereinen 22 stimmten. Das ist der Anfang vom Ende des Herrn Hirsch.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Behörden und Gewerkschaften. Aus Gschwendra be-richtet die „Erfurter Tribüne“: Die Porzellanarbeiter-Zahlstelle Gschwendra, die am Sonntag, den 7. Oktober, ihr Stistungsfest feierte, hat in dem einen Jahre das Auge der Behörde wieder-holt in Anspruch genommen. Die Zahlstelle wurde nach sechs-wöchentlichem Bestehen, weil die Statuten mit den D.-s. Gesetzen in Widerspruch ständen (Votivverbot für Mädchen betr.), be-hördlich aufgelöst. Nach Beschwerdeführung beim Landrat

und dem Ministerium wurde sie wieder genehmigt. Als die weiblichen Mitglieder an der Maifeier teilnahmen, erhielten sie Strafmandate, weil sie öffentliche Schanklokale betreten hätten. Um Klarheit zu schaffen, wurde von einem weiblichen Mitgliede Klage geführt. In Erfurt kostenpflichtig verurteilt, wurde sie in Erfurt kostenlos freigesprochen. Bei dem jetzigen Stistungsfest sollte Nachmittags ein Vortrag und Abends Ball stattfinden. Bei der Anmeldung verlangte der Bürgermeister, der Referent solle ihm vorher eine Abschrift seines Vortrages einhändigen, weil da viel gesprochen würde, was nicht hin-gehöre, auch sollten weibliche Mitglieder Nachmittags nicht zugelassen werden. Wir verzichteten nun auf den Vortrag und füllten den Nachmittag mit Gesang und Konzert aus. Der Zahlstelle sollte das Fest hauptsächlich zur Agitation dienen, was auch, trotzdem auf Veranlassung des Bürgermeisters die Dekoration weggenommen werden mußte, glänzend gelang. Um aber das Maß voll zu machen, wurde uns vom fürstlichen Landrat der Befehl, die Gesangsabtheilung, die sich aus Mit-gliedern der Zahlstelle gebildet hatte, anzulösen, widrigenfalls die Zahlstelle abermals aufgelöst würde. So arbeiten die Behörden in Schwarzburg-Sondershausen gegen die Gewerkschaften. Und dabei wünscht der deutsche Kaiser, wir sollen mit Stolz sprechen: „Ich bin ein deutscher Bürger!“

Ueber die Zulässigkeit der Beschlagnahme des ein-behaltenen Lohnes fällt das Kölner Gewerbegericht eine höchst wichtige Entscheidung. Vor dem betreffenden Gewerbe-gericht wurde ein Arbeiter gegen die Firma Gebr. van der Zypen klagbar, weil diese M. 19 verdienten Lohnes infolge Nicht-einhaltung der Kündigungsfrist einbehielt. Der § 394 des B. G. B. verbietet dieses Einbehalten von Lohn bekanntlich. Die Firma berief sich aber darauf, daß in der vom Kläger anerkannten Arbeitsordnung die Gültigkeit dieses Paragraphen aufgehoben sei. Das Urtheil lautete auf Zahlung der geforderten M. 19 unter folgender Begründung: Die beklagte Firma befreite nicht, daß der Kläger den Lohn verdient habe, aber sie wolle ihn ge-mäß ihrer Fabrikordnung als Schadenerlag behalten, weil der Kläger die Arbeit ohne Kündigung verlassen hat. Dieses Ver-fahren sei eine Aufrechnung, die durch § 394 des B. G. B. unter-sagt ist. Wenn die Firma einwende: sie habe die Gültigkeit des § 394 durch gegenseitige Vereinbarung für ihren Betrieb aufgehoben, so sei diese Aufhebung un-gültig; denn der § 394 sei zwingendes Recht, das nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden könne. — Das Urtheil ist deshalb von größter Wichtigkeit, weil namhafte industrielle Werke gleich dem oben genannten diesen Paragraphen durch Bestimmungen ihrer resp. Arbeitsordnungen außer Thätigkeit zu setzen versuchten, was selbst juristischereits als zulässig be-zeichnet wurde.

Literarisches.

Eingegangene Druckschriften: In freien Stunden, eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 39, 40, 41 und 42 des 4. Jahrganges. Der Sohn des Rebellen“, nach Viktor Hugo's Roman „Der schwarze Mann“.

Die Arbeiterverbrüderung 1848/49. Erinnerungen an die Klassenkämpfe der ersten deutschen Revolution. Herausgegeben und eingeleitet von Max Quard, Frankfurt a. M. Verlag von Wilhelm Verhold.

Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachleuten von Emanuel Wurm. Verlag von J. H. W. Dieß Nachf., Stuttgart. Heft 9 und 10.

Das hungernde Rußland. Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und P. v. S. Verlag von J. H. W. Dieß Nachf., Stuttgart. Heft 2 und 3.

„Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen. Stuttgart, Dieß Verlag. Nr. 21.

Der wahre Jakob. Stuttgart, Dieß Verlag. Nr. 371/21.

Der Arbeitsmarkt. Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte. (Herausgeber Dr. J. Jastrow.) Verlag von Georg Reimer. Nr. 2 des 4. Jahrganges.

Die Rechtshilfe. Organ für die Interessen der Rechts-suchenden aller Berufsstände. Herausgeber: Dr. jur. Carl Schaefer, München. Aus dem Inhalt dieser seit 1. Oktober 1900 im Rechtshilfe-Verlag München. (Karl Mayer & Co.) erscheinenden neuen Zeitschrift heben wir hervor: An die Rechts-suchenden aller Berufsstände! Unsere Rechtspflege. Der Goethe-bund und seine Zukunft. I. Justizreform und Tagespresse. Rechtshilfsvereine. Merkwürdige Entscheidungen. Wie führe ich einen Prozeß? Unsere Auskunfts-Abtheilung usw. — „Die Rechtshilfe“ erscheint alle 14 Tage und kostet vierteljährlich M. 2 Man abonniert bei allen Buchhandlungen, Kolporteurs und Postanstalten. Eingetragen in der bayerischen Postzeitungs-preisliste unter Nr. 714 a.

Briefkasten.

Berlin, Rammacher. Sie, nicht wir sind schuld an den Druckfehlern, schreiben Sie Namen und Straße deutlich, damit wir nicht zu rathen brauchen. In die Agitations-kommission sind gewählt die Kollegen Voigt, Weeg und Rhein. Legterer ist Obmann und wohnt Berlin N, Adlerstr. 120.

Neustädtel, N. 100. Die Invaliditätskarte darf Ihnen nicht verweigert werden; wenden Sie sich an die dortige Poli-zeibehörde.

Görlich, W. Ueber die Verhandlungen des deutschen Tischlertages können wir wegen Raumangels erst in nächster Nummer berichten.

Münster a. D. Die Quittung folgt in nächster Nummer.

Quittung.

Auf das Gesuch der Zahlstelle Schwiebus sind an Unterstützungen für den Kollegen Wand noch ferner eingegangen: Erenim M. 20, Hartha M. 5, Pimberg M. 3, Bürgel M. 2. Wäher quittirt M. 281,28, in Summa M. 311,28.

Wir sagen den Zahlstellen, welche durch ihre gütigen Sendungen den Kranken, jetzt verstorbenen Kollegen Wand unterstützten, unseren verbindlichsten Dank und besprechen, uns im gleichen Falle erkenntlich zu zeigen.

Die Zahlstelle Schwiebus. Albert Wegoll, Beholmächttiger.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Altona. Am Dienstag, den 30. Oktober, Abends 9 Uhr, im Lokale der Wwe. Ebler, Norderstr. 37. L.-D.: 1. Diskussion und Abstimmung über die Erbauung eines Gewerkschaftshauses. 2. Verschiederenes.

Die Ortsverwaltung. Charlottenburg. Montag, den 29. Oktbr. Abends 8 1/2 Uhr, bei Leber, Wisnarsstr. 74. Düsseldorf. Dienstag, den 30. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.

Sektion der Möbelschreiner. Samstag, den 27. Oktober, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köhlerstr. 28.

Sektion der Stellmacher. Jeden 1. Samstag im Monat bei H. Borgs, Schützenstraße.

Eberfeld. Am Montag, den 29. Oktober, Abends 9 Uhr, in der „Zentralherberge“, Br. Klogbahn 26.

Görlitz. Sektion der Stellmacher. Sonnabend, 3. November, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Kreuz“.

Wien. Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Sonnabend im Monat, Abends 9 Uhr, im Lokale „Venz' Erholung“, Saubahn 1.

Arbeitsnachweis für Stellmacher bei Nacht, Rheinberg 9. Die Ortsverwaltung.

Quakenbrück. Sonntag, den 28. Oktober, Nachmittags 2 Uhr, bei Gerken. L.-D.: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und deren nächsten Aufgaben. Referent: Kollege Krüger-Dresden. Die Kollegen werden dringend er sucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Schneeberg. Donnerstag, 1. November, im „Klubhaus“, Hauptstr. 5-6.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Frankenthal. Seit dem 1. Oktober befindet sich unser Arbeitsnachweis auf der Zentralherberge „Zum Adler“, Brühlstraße 50. Reiseunterstützung wird vom Bevollm. Wilh. Kern, Holzhofstr. 16, ausbezahlt.

Offenbach. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge im „Gasthaus zum Schützen“, befindet. Verkehrslokal „Jähringer Hof“. Bevollmächtigter G. Sacherer, Jähringerstr. 21. Reiseunterstützung zahlt aus der Kassirer Wina Weefinger, Souisenstr. 26, Mittags von 12-1 und Abends von 6-8 Uhr.

Verden a. d. Aller. Bevollmächtigter Max Czernitzky, Tischler, Zollstr. 5, beim Gastwirt Stubbenhagen. Herberge und Verkehrslokal „Zum schwarzen Bären“, Bremer Chaussee 4. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Georg Schneider, geb. 25. 1. 69 in Bruchsal, gestorben daselbst am 14. Oktober.

Ehre seinem Andenken Die Ortsverwaltung.

Liedertafel „Coreley“.

(Holzarbeiter Altonas.) Am Sonnabend, den 3. November 1900, in „Karlruhe“, Dresden, Am Felde 5:

17. Stiftungsfest,

bestehend in Gesangs-Vorträgen, Aufführung des Theaterstücks „De Jule“ und nachfolgendem Ball. Saalöffnung 8 1/2 Uhr. - Preis der Karte 40 A. Der Vorstand.

Kollegen, welche den Aufenthalt des Tischlers Anton Seiler aus Wien, mehr in Lübeck, wissen, werden gebeten, seine Adresse zu senden an H. Beathien, Johannistr. 63, Lübeck.

Wilhelm Ungerer aus Oberriensfeld, Deine kranke Mutter sucht Dich! Bitte die werthen Kollegen, die seinen Aufenthaltsort wissen, um seine Adresse.

Frau Sammet, Etzheim a. d. M. Kollege Wilh. Krautheim, sende Deine Adresse an Aug. Müller, Sagen i. Westf., Frankfurterstr. 65.

Kolleg August Finger, wo suchst Du? Sende Deine Adresse an Lina Freund Max Hübaer, Tischlermeister, Lützenberg bei Witten, Str. Bauglan. [A. 120]

Tischler Hermann Kriese aus Priesen a. d. Rye, wo suchst Du? Sende Deine Adresse an Tischler Emil Schröder, Priesen, Radebergstr. 1.

Korbmacher Hermann Riehl, sende Deine Adresse an Karl Otto, Kassel, Wolfangerstr. 5, bei Walter.

Max Donat, Tischler aus Görlitz, sende Deine Adresse an [A. 120] Curt Joerschky, Tischler, Eisenberg (S.-A.), Gerarstr. 822.

Stadtreisender

der Möbelbranche von Lackfabrik bei hohem Salair für Berlin gesucht. Off. u. O. P. 79 an die Expedition dieser Zeitung.

Ein junger Tischler wird per sofort gesucht

Bau- und Möbelschreiner Fr. Bischoff, Wieda i. Harz.

2 tüchtige Möbelschreiner stellt sofort für dauernde Arbeit ein

Ed. Rensch, Dampfischreier, Stegen i. W.

Tüchtige Möbelschreiner

finden lohnende ev. dauernde Stellung in der Möbelfabrik von Richard Saalfeld, Helmstedt.

Ein auf Blindholzgestelle geübter Schreiner bekommt sofort dauernde Arbeit. A. Benz, Mannheim S 2-7.

2 Möbel- und 2 Stuhlschreiner finden sofort bei gutem Verdienst dauernde Arbeit. F. Ramm & Co., Blomberg, Möbel- und Stuhlfabrik.

Ein Polirer und ein Stuhlbauer finden dauernde Arbeit bei R. Jäger, Stuhlfabrik, Eisenburg.

Tüchtige Stuhlmacher auf bessere Stühle gesucht. O. Schlegel, Hannover, Delkenstr. 15a.

Mehrere tüchtige Stuhlbauer und Polirer erhalten noch Beschäftigung bei Rob. Oelschlägel & Co., Stuhlfabrik, Br. Holland (O.-Pr.).

Einen Drechslergehilfen auf dauernde Möbelfabrik (Motorbetrieb) sucht Ludwig Ziegler, Drechslerstr., Bayreuth (Bayern).

Ich suche für meine Drecherei pr. 1. Novbr. oder früher einen gewandten Arbeiter für Bohr- und Stemmmaschinen. J. L. Kohlberg, Beverungen a. d. W.

Suche noch 2 Korbmacher auf grün Gematt. Dauernde Arbeit. Herm. Lange, Friedheim bei Geestemünde.

Ein tüchtiger junger Korbmacher auf Gefchlagen und Grün stellt sogleich oder im 14 Tagen ein. Kost und Logis im Hause. Gottfried Wölle, Korbmachersstr., Bergen auf Rügen.

Einige tüchtige Korbmacher auf Gefchlagen und Gefstellarbeit bei gut. Lohn u. dauernder Stellung können sofort eintreten. Kost und Logis im Hause. Reisekosten werden vergütet. F. Walter, Korbwarengeschäft, Nisch b. Eger (Böhmen).

Korbmacher finden dauernde Beschäftigung. W. Tornow, Oranienburg.

Ein Korbmacher auf Gefchlagen per sofort gesucht. E. Bittner, Liegnitz, Sauerstr. 92.

5 Korbmacher und 5 Bandmacher stellt sofort ein Ww. B. Fechner & Sohn, Oranienburg b. Berlin.

3-4 tüchtige Korbmachergehilfen auf Reife- und Wajschkörbe werden sofort bei hohem Lohn gesucht. Nur gute Arbeiter wollen sich melden bei Bruno Weisse, Schlettan (Erzgeb.)

1-2 tüchtige Korbmacher auf Großgefchlagen bei hohem Lohn sofort gesucht. W. Richter, Korbmachersmeister, Etzfurt.

Gesucht sofort tüchtige Korbmacher auf Fuchkörbe. C. Ficke, Oldenburg i. Großh.

Gesucht 4-5 Korbmacher auf Gematt. J. Schilling, Perzhorn (Vollstein).

Ein tüchtiger Bürstenmachergehilfe findet lohnende und dauernde Beschäftigung. Paul Hintze, Greifenhagen i. P.

Ein junger, tüchtiger Bürstenmachergehilfe für dauernd gesucht. J. Maxen, Goltzstr. per Wittenberg Str. (St. Schlesswig).

Arbeitsnachweis der Holzarbeiter. 1 Cortirer, 1 Maschinenschneider und 1 Hand- und Richtiger sofort gesucht. Wilh. Schneek, Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 28, 1. Et.

Junge, auf Holzwarenfabrikation gut eingearbeitete Leute sind dauernde Beschäftigung. Loewenstein & Co., Berlin, Greifswalderstr. 140/141.

Ein tüchtig., jung. Schuhleisten Schneidergehilfe, speziell für Makarbeit, erhält per sofort dauernde Beschäftigung. Off. an J. Wolkerseder, Leisten Schneider, München, Kolosseumstr. 1/2.

Eingelegte Journire

für Schattendeckel mit Blumenbouquet, pro Stück M. 2; mit Vögeln oder Blumenkorb pro Stück M. 2,50. Ferner Anfertigung eingelegter Arbeiten für Nähtische und sonstige Möbel

E. Ritter, Marqueter, Heidelberg a. N.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, gefertigt und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Lange Mühren 86/87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, fog. Ladenwaare führe ich nicht.)

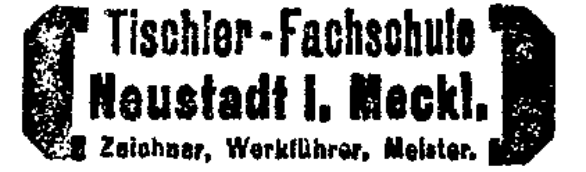
Hobelbänke

für Tischler, Wagner und Bildhauer fabriktre und halte stets auf Lager, beagl. Schraub- bänke, Schraubtrechte, Schraubzwingen. Preisliste franko.

Herrmann Gorlt, Liegnitz, Werkzeugfabrik.

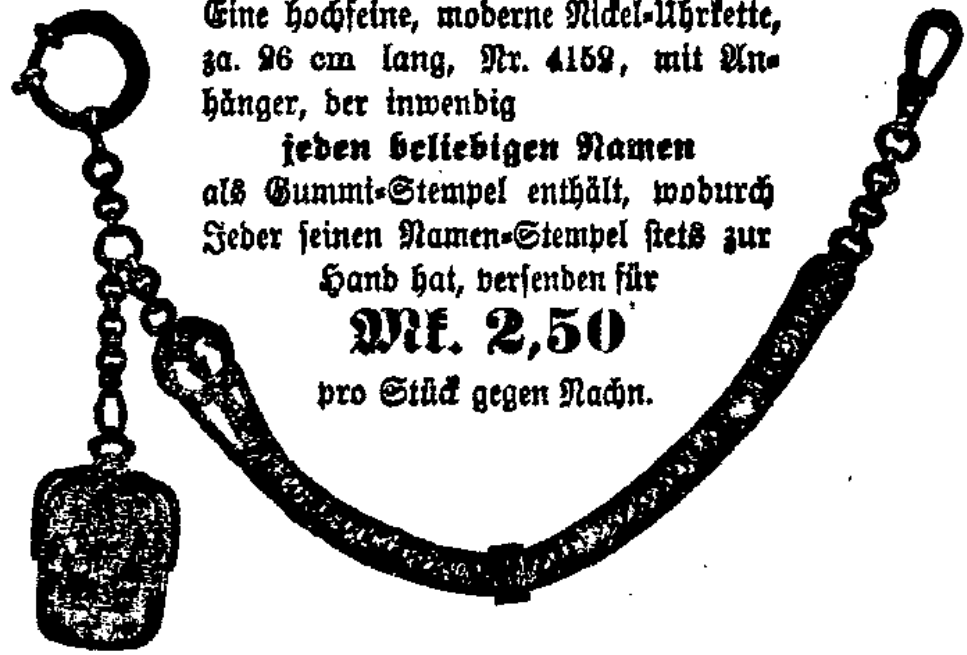
Journirpressen,

gang neu, Patent, einzig bestehend, bei F. Grünig, Offenbach a. M.



Die schönste Musik erzielen Sie durch meine Konzert-Mundharmonika mit Messingplatten, Decken gravirt u. aufgeschraubt, 80 Stimmen, 2 Seiten spielbar. Sende 1 Stück zur Probe und nehme, wenn nicht gefällt, innerhalb 8 Tage unbedingt zurück. Preis M. 1,90. B. Fischer, Gera (N.), Friedrichstr. 6.

Uhrkette mit Medaillon-Stempel.



Eine hochfeine, moderne Mittel-Uhrkette, ca. 96 cm lang, Nr. 4152, mit Uhnhänger, der innen jeden beliebigen Namen als Gummi-Stempel enthält, wodurch jeder seinen Namen-Stempel stets zur Hand hat, versenden für M. 2,50 pro Stück gegen Nachn.

Hauptkatalog mit ca. 1500 Abbildungen unserer sämtlichen Waaren versenden umsonst und portofrei.

E. von den Steinen & Cie., Wald bei Solingen 34, Stahlwarenfabrik und Versandhaus.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-36

Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den größten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachttvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracts sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinspolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt Garantie d Oelausschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.“
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.